

# **Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel: Eine Einführung**

Von Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger und Karl Schmitt

## **1. Fragestellungen**

Ein Rückblick auf die sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Deutschland seit dem letzten Krieg verdeutlicht die Fortsetzung von zum Teil seit dem 19. Jahrhundert nachweisbaren Tendenzen, allerdings mit einer bislang unbekanntem Geschwindigkeit des Wandels. Industrialisierung, Mobilisierung, Urbanisierung und Egalisierung stehen für die Breite und Tiefe dieser Prozesse. Zu den wichtigsten Konsequenzen dieses rapiden Wandels gehört im Zuge der Ausgestaltung einer liberal-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung der Aufbau und die Konsolidierung eines Systems der Massenwohlfaht und der sozialen Sicherheit. Damit geht einher die Auflösung traditioneller Bindungen an soziale Gruppen wie etwa Kirche, Familie oder Klassen.

Parallel dazu beobachten wir im Nachkriegsdeutschland die Etablierung einer parlamentarischen Demokratie unter schwierigsten Ausgangsbedingungen. Trotz des geringen Reservoirs an einschlägigen politischen Traditionen und seiner unvergleichlichen Abhängigkeit von der internationalen Konstellation in Europa und der Ost-West-Konfrontation hat dieses neue politische System weltweit beachtete Leistungen zur sozialen Integration und Stabilisierung erbracht.

Die unerwartete Krise der letzten Jahre hat eindringlich und schmerzhaft gezeigt, daß eine kontinuierliche Fortschreibung der bisherigen Entwicklungslinien in Gesellschaft und Politik an der wahrscheinlichen Zukunft vorbeigeht. Allein die Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen stehen einer solchen Illusion entgegen. Gerade ein politisches System, das seine Legitimation zum großen Teil aus der Erfüllung ökonomischer Wachstumserwartungen bezog, muß hier unter Druck geraten. Auf dem Spiel stehen seine Fähigkeit, den sozialen Frieden zu sichern, die notwendigen Weichenstellungen trotz Kontroversen zu treffen und die Loyalität seiner Bürger zu bewahren.

✓ Ausschlaggebend für die Handlungsspielräume und die Erfolgsaussichten politischer Systeme bei der Lösung der anstehenden Probleme ist das Ausmaß der Unterstützung entsprechender Maßnahmen und Programme durch die Bevölkerung. Diese Unterstützung durch den Bürger ist freilich durch den sozialen Wandel selbst in Frage gestellt, da sich in seinem Verlauf ihre

Erwartungen und Einstellungen verändert haben. Für die Problemlösungskompetenz politischer Systeme ist mithin ausschlaggebend, in welchem Umfang die traditionellen Bindungen und Werthaltungen der sozialen Gruppen erhalten, erodiert oder durch neuartige Loyalitäten ersetzt worden sind.

Mit dieser Problemlage ist nicht nur die Bundesrepublik konfrontiert. Sie ist allen Industrienationen gemeinsam. Das Ausmaß und die Dimension der Krise, wie auch die Potentiale zu ihrer Bewältigung, unterscheiden sich freilich von Land zu Land. In der Bundesrepublik sind es vor allem zwei Faktoren, welche die Tiefe und die Ursachen der gegenwärtigen Krise charakterisieren und deren Analyse zur Klärung bisheriger Abläufe, zu ihrer weiteren Vorhersage und als Grundlage der politisch-gesellschaftlichen Kontrolle und Stabilisierung gegenüber den bevorstehenden Herausforderungen unabdingbar ist, nämlich erstens der konjunkturelle Einbruch, zweitens der erdrutschartige Wandel in den konfessionell-religiösen Verhaltensweisen und grundsätzlichen Werthaltungen der Bevölkerung.

Die Bundesrepublik entstand nach dem Zweiten Weltkrieg als ein Staatswesen ohne nationale Identität und mit nur bescheidener demokratischer Tradition. Ihr Wiederaufbau vollzog sich angesichts mehrerer Faktoren ohne gleichzeitiges neues Erstarken nationalen Bewußtseins: die Spaltung Deutschlands war noch eine offene Wunde, die nationalen Kräfte waren gründlich diskreditiert. Neu erarbeitete deutsche Potentiale wurden freiwillig in supranationale oder internationale Lösungen eingebunden oder von den Siegermächten — wie im Falle der Wiederbewaffnung — nur um den Preis dieser Einbindung zugestanden. Für die westeuropäischen Staaten war europäische Integration nicht zuletzt eine Sicherheitsmaßnahme zur Kanalisierung des deutschen Wiederaufbaus. Der Bundesrepublik diente die Bereitschaft zur Integration auch dazu, die Unverdächtigkeit des Aufbaus zu demonstrieren. Mangels anderer nationaler Symbole wurden der ökonomische Aufschwung und die durch ihn ermöglichte soziale Stabilität zum Kristallisationspunkt dessen, was an nationalem (Selbst-)Bewußtsein übrig geblieben war oder sich neu herausbildete.

Die Schlüsselrolle wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit für die nationale Identität wurde verstärkt durch die Erinnerungen an das Schicksal der Weimarer Republik und den Vergleich mit der DDR. Im Nachkriegs-Westdeutschland war es rasch gelungen, durch Massenprosperität und ökonomische Expansion die materiellen Voraussetzungen für demokratische Zuverlässigkeit zu erwirtschaften. Das „Wirtschaftswunder“ war die Voraussetzung für das deutsche „Wahlwunder“, die Konzentration und Stabilisierung eines demokratischen Parteiensystems als einer Grundvoraussetzung eines funktionierenden Parlamentarismus. Inzwischen ist rund die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung unter diesen Bedingungen der Wohlstands- und Wachstumsgesellschaft aufgewachsen, und die Legitimität politischer Herrschaft ist zu einem hohen Grade

gekoppelt an die Erfüllung der materiellen Werthorizonte und Standards dieser Gesellschaftsform.

Wie schnell die politische und gesellschaftliche Stabilität durch ökonomische Krisen angeschlagen werden kann, wie sehr das „Wahlwunder“ von der Perpetuierung des „Wirtschaftswunders“ abhängt, zeigte die nach heutigen Maßstäben geringfügige Rezession von 1967–68. Die Wahlerfolge der NPD ließen im Inland wie im Ausland die Frage aufkommen, ob Bonn eben doch mit Weimar vergleichbar, die Bundesrepublik eine Art „Schönwetter-Demokratie“ sei. Im Vergleich zu den späten sechziger Jahren stellt die ökonomische Krise der Jahre seit 1974 die Hauptprämissen der politischen und sozialen Stabilität viel radikaler und grundsätzlicher in Frage. Die Energiekrise mit ihren zwei wichtigsten Aspekten Erdöl und Kernkraft, weltweite Inflation und Dauerarbeitslosigkeit nehmen der Zukunft der Volkswirtschaft und der einzelnen ihre Sicherheit, d. h. ihre Vorhersagbarkeit und Kontrollierbarkeit. Von Nullwachstum und der Notwendigkeit alternativer Lebensformen ist die Rede, d. h. daß etablierte Wachstumserwartungen und ökonomische Horizonte an der Wurzel getroffen werden. Angesichts dieser Krisenfaktoren drängt sich die Befürchtung auf, daß in einer Gesellschaft, in der sowohl nationale Identität wie auch Legitimität von Herrschaft und Regierbarkeit auf der Erfüllung von Wohlstandserwartungen beruhen, eine ökonomische Dauerkrise in Destabilisierung des politischen Systems einmündet, daß die Ökonomie vom Stabilisierungs- zum Krisenfaktor der Politik wird.

Die Politische Wissenschaft ist damit aufgerufen, im Bereich der Grundlagenforschung um Klärung bemüht zu sein, wie weit diese Befürchtung berechtigt ist, und welche gesellschaftlichen Entwicklungen eventuell dazu angetan sein können, politische Kultur und politische Institutionen gegen die ökonomische Krise abzusichern. Dazu ist es erforderlich, die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Wahrnehmungen, Einstellungen und Erwartungen von Individuen und ihren politischen Einstellungen und Verhaltensweisen sowie zwischen ökonomischen Strukturen und Entwicklungen und politischen Verhaltensmustern über die bisherige Geschichte der Bundesrepublik hinweg längszeitlich und im Querschnitt vergleichend quantitativ-historisch zu analysieren. Ziel eines solchen Beitrags zur historisch-politischen Sozialforschung muß ein Inventar von Erkenntnissen darüber sein, wie ökonomische Verhältnisse und Abläufe bislang auf den politischen Bereich eingewirkt haben, um darauf aufbauend Vorstellungen über Möglichkeiten der Eindämmung der krisenhaften Einflüsse der letzten Jahre zu präzisieren.

Der zweite Bereich, in dem sich seit 1945 die gesellschaftliche Landschaft dramatisch verändert hat, ist der Bereich der handlungsleitenden Wertorientierungen. Der rapide Wertwandel ist für den Fortbestand des politischen Systems der Bundesrepublik um so gravierender, als in Deutschland — viel stärker als in den meisten übrigen westlichen Gesellschaften — die traditionellen wertbe-

gründenden Institutionen, also vor allem Religionen und Kirchen, eine zentrale Stellung im politischen Prozeß einnehmen. Dies zeigt sich einmal darin, daß Religion und Kirchen nicht nur die politischen Wertvorstellungen großer Teile der Elite prägen, sondern daß seit der Parlamentarisierung des politischen Systems im 19. Jahrhundert die religiös-konfessionelle Begründung politischer Ziele in Deutschland ein selbstverständliches Merkmal der politischen Auseinandersetzung wie auch eine wichtige Grundlage der Mobilisierung von Massenloyalität ist. Zum anderen sind, ebenfalls seit dem Übergang zur Massendemokratie, in Deutschland die christlichen Konfessionen und die Kirchen wichtige Pfeiler, auf denen das Parteiensystem und das mit ihm verknüpfte Verbandswesen ruhen.

Diese in Jahrhunderten gewachsene Situation wird durch den nach 1945 eingetretenen Wandel in Frage gestellt. Zunächst hat sich der institutionelle Rahmen der konfessionspolitischen Organisation verändert. Mit der Gründung einer interkonfessionellen christlichen Partei wurde ein Grundstein zur Überwindung des traditionellen konfessionellen Antagonismus gelegt. Damit schwanden organisatorische Ansatzpunkte für eine spezifisch konfessionelle Loyalität innerhalb eines versäulten Systems. Stärker als durch diese institutionellen Veränderungen wurde die politische Relevanz von Religion und Kirchen jedoch durch Wandlungen tangiert, die das Kircheng Volk selbst durchmachte. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist ein dramatischer Schwund der kirchlich gebundenen religiösen Praxis festzustellen. Parallel dazu zeichnet sich ab, daß neu erwachende religiöse Bedürfnisse nicht innerhalb, sondern neben den Organisationsformen der großen Kirchen ihre Befriedigung suchen und (etwa in der Form von Jugendreligionen) finden. Zwar entwickeln traditionell von den Kirchen vertretene Wertvorstellungen, die sich etwa in der Relativierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zeigen, eine neue Anziehungskraft in großen Teilen der Bevölkerung. Jedoch vollzieht sich auch hier die Institutionalisierung zunehmend außerhalb der Reichweite kirchlicher Organisationen. Artikulation und politische Durchsetzung säkularisierter christlicher Wertvorstellungen verselbständigen sich.

In dieser Situation hat die Wissenschaft die Konsequenzen zu untersuchen, die sich aus dem skizzierten Wandel der konfessionspolitischen Organisation und der religiösen Wertvorstellungen für die Funktionsfähigkeit des politischen Systems ergeben. Dabei ist zu klären, welcher Wandel der religiösen Wertvorstellungen und der kirchlichen Praxis sich seit 1945 tatsächlich vollzogen hat, ob die organisatorische Dekonfessionalisierung und die Erosion des traditionellen kirchlichen Wertesystems und der kirchlichen Praxis zu einer Verflüssigung der bisherigen Massenloyalität gegenüber den christlichen Parteien führen. Es ist zu prüfen, ob dieses Modell einer tendenziellen Äquidistanz (jedenfalls der nur noch nominellen Kirchenmitglieder) *allen* Parteien gegenüber der Wirklichkeit näher kommt als die Erwartung, daß traditionelle Parteiloyalitäten zumindest in bestimmten Milieus den Wertwandel und den Schwund der Kirchlichkeit

überleben und eine von der ursprünglichen Funktion abgelöste, säkularisierte Existenz führen.

In unseren bisherigen Überlegungen wurden die Konsequenzen der beiden Wandlungsprozesse, der Wirtschaftsentwicklung einerseits und des Wertwandels andererseits, voneinander isoliert behandelt. Eine genauere Betrachtung macht indessen deutlich, daß beide Prozesse, wenn auch nicht in ihren Ursachen, so doch in ihren Auswirkungen miteinander verknüpft sind.

Durch ihr zeitliches Zusammentreffen werden die Grundlagen der gegenwärtigen politischen Ordnung einer doppelten Belastung ausgesetzt. Damit entfällt die Möglichkeit, daß die schwindende ökonomische Überzeugungskraft des politischen Systems durch eine religiös-konfessionell fundierte stabile und akzeptierte politische Kultur kompensiert wird. Die Gleichzeitigkeit von ökonomischer Strukturveränderung und religiösem Wertwandel macht es unwahrscheinlich, daß der Druck auf die politischen Institutionen durch weiterbestehende traditionelle Parteiloyalitäten aufgefangen oder daß der Verzicht auf eine ökonomische Legitimität des politischen Systems durch den Rückgriff auf traditionelle christliche Wertorientierungen hingenommen wird. Es stellt sich daher die Frage, ob der im Gange befindliche Wertwandel zu neuen Wertorientierungen führt, die reduzierte Ansprüche auf ökonomische Leistungen des politischen Systems akzeptabel machen. Es sind darüber hinaus die Voraussetzungen zu untersuchen, unter denen die Herausbildung neuer Wertesysteme in die Neuverteilung von Massenloyalität gegenüber solchen politischen Kräften mündet, die entsprechende Prioritäten durchzusetzen bereit sind und eine dauerhafte und tragfähige Basis für politische Entscheidungen darstellen können.

Auf welche Weise eine Neuorientierung politischer Verhaltensmuster zustande kommt, wird nicht nur die Bundesrepublik selbst betreffen. Die zunehmende internationale Verflechtung der politischen Systeme wird dazu führen, daß jede Neuverteilung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik Auswirkungen auf andere Staaten nicht nur in Europa haben wird. Die Setzung neuer Prioritäten in der bisherigen ökonomischen Führungsmacht Europas wird — ob beabsichtigt oder nicht — auch auf solche politischen Systeme ausstrahlen, deren politische Kultur auf anderen Traditionen beruht oder die ein weniger prekäres nationales Selbstverständnis haben als die Bundesrepublik.

Soweit eine kurze Skizze der unsere gegenwärtigen Forschungen anleitenden Erkenntnisinteressen. Im weiteren Verlauf dieses einführenden Beitrags wollen wir nun zweierlei versuchen. Zum einen soll im folgenden Abschnitt durch einen kritischen Überblick über die Forschungslage in den beiden inhaltlichen Schwerpunkten, die hier angesprochen wurden, ein Raster zur Einordnung der nachfolgenden Beiträge geschaffen werden. Danach werden wir darlegen, welche Anforderungen sich aus den skizzierten inhaltlichen Fragestellungen für die Verfügbarkeit empirischer Datenmaterialien ergeben und welche Schritte

wir im Rahmen unseres Forschungsprojekts in dieser Richtung unternommen haben.

## 2. Stand und Probleme der Forschung

### 2.1. Wirtschaftlicher Wandel und Politik

Politische Auswirkungen allgemeiner und individueller ökonomischer Verhältnisse und Entwicklungen werden häufig als Selbstverständlichkeit betrachtet. Das gilt sowohl für Politiker selbst und politische Kommentatoren als auch für eine Reihe von wissenschaftlichen Disziplinen und Ansätzen. Solche Auswirkungen werden in der Regel in zweierlei Hinsicht diskutiert, nämlich unter dem Aspekt der ökonomischen Voraussetzungen für Bestand und Funktionsfähigkeit politischer Systeme (z. B. die Bundesrepublik als durch das „Wirtschaftswunder“ ermöglichte „Schönwetterdemokratie“; vgl. Kaltefleiter 1966) und unter dem Aspekt der systemimmanenten Veränderungen von politischen Präferenzen, Einstellungen und Verhaltensweisen als Reaktion auf wirtschaftlichen Wandel. Hermens (1964) spricht in diesem Zusammenhang vom „Wechsel *im System*“ und vom „Wechsel *des Systems*“. Im Sinne einer globalen gesellschaftlichen Anforderungs- und Unterstützungsfunktion an das politische System (Easton 1965) handelt es sich dabei jedoch nicht um eine kategoriale, sondern um eine kontinuierliche Unterscheidung.

Politische Auswirkungen wirtschaftlicher Größen sind ein gängiges Erklärungsmuster historischer und soziologischer Analyse (z. B. Hermens/Schieder 1967; Weber 1972) und zentrale Annahme bzw. Untersuchungsobjekt verschiedener wissenschaftlicher Traditionen. Weder die Autonomiediskussion neomarxistischer Provenienz über die Abhängigkeit des Erfolgs staatlicher Wirtschaftspolitik von der Kooperation des ökonomischen Systems (z. B. Abromeit 1976) noch die politisch-ökonomischen Kreislaufmodelle der Neuen Politischen Ökonomie (z. B. Frey 1977: Kapitel 10–12) sind ohne die Annahme denkbar, daß individuelles und/oder kollektives politisches Verhalten zumindest teilweise auf ökonomische Faktoren reagiert. In sozialstrukturellen (Lazarsfeld et al. 1944) und sozialpsychologischen (Campbell 1960) Modellen der Wahlforschung zur Erklärung individuellen politischen Verhaltens werden wirtschaftliche Tatbestände seit langem als Hintergrundfaktoren und als Gegenstand von Einstellungen in wechselndem Ausmaß berücksichtigt und auf ihre Folgen hin untersucht.

Erste *systematische* empirische Forschung zu den politischen Auswirkungen von ökonomischen Variablen wurde im Gefolge der großen Depression in den Vereinigten Staaten betrieben. Nach einer längeren Pause in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die einschlägige Forschungsaktivität nach Erscheinen der Pionierarbeiten von Goodhart und Bhansali (1970) und von Kramer (1971) rasch und beständig an. Dieser Aufschwung ist undenkbar ohne die gleichzeitige Entwicklung der Neuen Politischen Ökono-

mie, welche die empirische Untersuchung derartiger Fragestellungen von der Theorie her zwingend erforderte und auf das methodologische Potential ökonomischer Verfahren aufmerksam machte. In den letzten 15 Jahren ist eine große Anzahl empirischer Studien erschienen, in denen die Zusammenhänge zwischen verschiedenen ökonomischen Größen und politischen Resultaten in vielen entwickelten westlichen Demokratien analysiert werden.

Ihre inhaltlichen Ergebnisse lassen sich aber kaum auf einen einfachen gemeinsamen Nenner bringen. Das liegt nicht nur daran, daß die Verhältnisse unterschiedlicher Nationen in verschiedenen Perioden untersucht werden, sondern auch daran, daß die gemeinsame Ausgangsfrage in die verschiedensten empirischen Forschungspläne übersetzt wird. Das gilt u. a. für die Wahl der Analyseebene (Individualebene oder verschiedene Aggregationsstufen), die raumzeitliche Differenzierung (Querschnitt, Längsschnitt, Kombination von Quer- und Längsschnitt; dies wiederum für verschiedene Analyseebenen), die Auswahl und Operationalisierung der zu erklärenden politischen Einstellungs- und Verhaltensdimensionen (z. B. Regierungspopularität, Wahlbeteiligung, Wahlverhalten, Radikalismus), die Auswahl, Aggregationsebene, Operationalisierung und Kombination der zur Erklärung herangezogenen ökonomischen Größen, die Spezifikation von Modellen (z. B. hinsichtlich funktionaler Form von Zusammenhängen oder Wirkungsverzögerungen), schließlich auch für die Auswahl von Auswertungsmethoden und -strategien. Durch Kombination unterschiedlicher Entscheidungen über diese Dimensionen des Untersuchungsplans wurden im Rahmen der globalen Fragestellung eine Vielfalt verschiedenartigster Forschungsansätze verfolgt. Dies erschwert nicht nur die Kumulation von Erkenntnis und die konzise Zusammenfassung des Erreichten, sondern reflektiert auch ein fundamentales Theoriedefizit. Handelte es sich bei den empirischen Untersuchungen zu den Auswirkungen von Ökonomie auf Politik um systematisch-theoretisch angeleitete Forschung — also nicht allein um die Umsetzung eines nahezu universell akzeptierten Vorverständnisses — dann wäre es a priori deutlich, welche Forschungsansätze zur Prüfung welcher Ableitungen geeignet sind und welche Beziehungen zwischen den im Rahmen verschiedener Forschungsansätze ermittelten Befunden bestehen. Gegenwärtig kann davon nicht die Rede sein, wie anschließend noch näher zu erläutern ist.

Die Fülle der vorliegenden empirischen Studien ist in mehreren neueren Literaturübersichten ausführlich zusammengestellt (in deutscher Sprache: Rattinger 1980: 45–85; Jung 1982: 9–57; s. ferner den Beitrag von Jung in diesem Band), so daß sich hier eine Inhaltsangabe erübrigt. Statt dessen folgt eine kritische Darstellung vor allem der theoretischen und empirischen Defizite der gegenwärtigen Forschungslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiten in der und über die Bundesrepublik Deutschland und der Schwerpunktsetzung dieses Bandes.

Die meisten bisherigen empirischen Arbeiten zu unserer Thematik für die Bundesrepublik fallen in eine der beiden folgenden Kategorien: Zeitreihen-

analysen aggregierter Popularitätswerte für die Regierung, die Parteien oder den Bundeskanzler in Abhängigkeit von einigen zentralen makroökonomischen Konjunkturindikatoren auf gesamtstaatlicher Ebene (z. B. Kirchgässner 1983) oder Untersuchungen zum Einfluß der den Parteien zugeschriebenen ökonomischen Problemlösungskompetenz auf individuelle Wahlabsichten in reinen Querschnitts-Umfragestudien (z. B. Klingemann 1973; Garding 1978; Kändler in diesem Band) oder Wiederholungsbefragungen (Jung 1982). Während die Beiträge der ersten Gruppe, deren Annäherung hypothetischer Wahlergebnisse durch Popularitätszeitreihen vielerorts ausgiebig kritisiert worden ist (z. B. Dinkel 1977: 113ff.), dem Kontext politisch-ökonomischer Kreislaufmodelle der Neuen Politischen Ökonomie entstammen (Schätzung der „Popularitätsfunktion“), sind diejenigen der zweiten Gruppe in der Regel in umfassendere wahlsoziologische Fragestellungen und Modelle eingebettet. Angesichts der vorherrschenden Verengung der globalen Forschungsfrage auf diese beiden genannten Ausschnitte besteht einiger Anlaß, auf die gravierenden verbleibenden Erkenntnislücken aufmerksam zu machen, was nun in fünf Punkten geschehen soll.

1. Auf der theoretischen Ebene und in historischer Perspektive werden ökonomische Variablen nicht nur mit Wahlverhalten oder Popularitätsveränderungen oder konkurrierenden politischen Eliten in Zusammenhang gebracht, sondern auch mit den Voraussetzungen für den Bestand demokratischer politischer Systeme. Insofern sind die Fragestellungen der für die Bundesrepublik vorliegenden empirischen Arbeiten unvollständig. Einstellungen zum politischen System sind bislang auf ihre Abhängigkeit von ökonomischen Größen nicht untersucht worden, obwohl die Vermutung naheliegt, daß durch derartige Bedingungsfaktoren induzierte politische Entfremdung und Loyalitätsverluste sich zunächst im Einstellungsbereich als „Frühwarnsystem“ niederschlagen werden, zumal wenn entsprechende organisierte politische Angebote nicht zur Verfügung stehen. Ferner sind auf der Seite der ökonomisch zu erklärenden politischen Phänomene vom Wahlverhalten oder der Wahlabsicht verschiedene Partizipationsmuster vernachlässigt worden, handele es sich um Wahlbeteiligung, politische Informationssuche, Organisationsbereitschaft oder politischen Protest, um nur einige Beispiele zu nennen.

2. Eine Verengung der globalen Fragestellung ist auch im Bereich der ökonomischen Erklärungsgrößen für politische Resultate festzustellen. Die Entwicklung einiger makroökonomischer Schlüsselindikatoren über die Zeit hinweg oder Kompetenzzuweisungen in ökonomischen Fragen an die politischen Parteien sind die bisher am häufigsten analysierten Variablen. Diese Auswahl reflektiert eher die problemlose Verfügbarkeit von Daten als theoretisch angeleitete Entscheidungen. Solche könnten nur aus einer vollständigen Übersicht und Klassifikation potentiell politisch relevanter ökonomischer Sachverhalte unter Berücksichtigung der verschiedenen Analyseebenen und -ansätze und der einschlägigen Hypothesen entstehen.



Eine solche systematische Klassifikation hätte zumindest die folgenden Komplexe von ökonomischen Größen zu enthalten und weiter zu differenzieren:

- konjunkturelle Entwicklung
- regionale und sektorale konjunkturelle Folgewirkungen
- regionale Wirtschaftsstruktur als weiterer ökonomischer Kontext von Individuen
- ökonomische Lage von Betrieb und Primärgruppen als engerer ökonomischer Kontext
- private ökonomische Lebensbedingungen
- Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage und Entwicklung
- Bewertungen und Erwartungen zur persönlichen wirtschaftlichen Lage
- ökonomische Kompetenzurteile über politische Eliten hinsichtlich unumstrittener Zielvorgaben
- Positionen hinsichtlich wirtschaftspolitischem Instrumenteneinsatz
- Einstellungen zu wirtschaftspolitischen Akteuren und ihren Aktionen
- ökonomische „Ideologie“: Attributionsmuster, Ordnungsvorstellungen usw.

Die meisten dieser Komplexe können nicht nur inhaltlich, sondern auch in der zeitlichen Dimension und nach Aggregationsstufen differenziert werden, was zu gänzlich unterschiedlichen Fragestellungen hinsichtlich der politischen Begleiterscheinungen führt. Nur ein kleiner Ausschnitt davon ist in der für die Bundesrepublik vorliegenden empirischen Forschung realisiert. Überdies bestehen Beziehungen zwischen ökonomischen Sachverhalten über die verschiedenen Aggregationsstufen hinweg: Was als globales makroökonomisches Datum registriert wird, tangiert in unterschiedlichem Umfang die wirtschaftlichen Verhältnisse in verschiedenen räumlich abgrenzbaren Einheiten, erzeugt Sorge, Unzufriedenheit oder Zuversicht bei bestimmten Personengruppen oder verändert die persönlichen ökonomischen Lebensbedingungen angebbarer Individuen. Ohne eine derartige sorgfältige und systematische „Inventarisierung“ möglicherweise politisch relevanter ökonomischer Sachverhalte, ohne die begriffliche Klärung ihrer Wechselwirkungen und der Bezüge zwischen verschiedenen Ebenen ist es unmöglich, sich Klarheit über die politischen Auswirkungen von Ökonomie in halbwegs differenzierter Form zu verschaffen, also darüber, welche Beziehungen eher im Längsschnitt oder eher im Querschnitt, welche eher auf individueller Ebene oder eher auf bestimmten Aggregationsebenen zu erwarten sind, wie sie gemeinsame grundlegende Wirkungsstrukturen widerspiegeln und durch welche Beziehungen eher Stabilität oder eher Wandel in den politischen Resultaten entsteht. In dieser Beziehung der begrifflichen und theoretischen Strukturierung des Untersuchungsfeldes ist der Stand der Forschung als recht dürftig zu bezeichnen, was übrigens auch für die Klärung des Verhältnisses der globalen Forschungsfrage zur allgemeinen Sozialstrukturanalyse gilt.

3. Mit dem eben ausgeführten Defizit hängt es zusammen, daß die Frage der theoretischen Fundierung der politischen Auswirkungen von Ökonomie in den verschiedenen Analyseansätzen bisher eher stiefmütterlich behandelt wurde. Neben der neuesten Arbeit von Falter (in diesem Band) sind kaum Bemühungen zu sehen, die verschiedenen Typen von ökonomischen Erklärungsfaktoren zusammenfassend in Modellen individueller politischer Einstellungen und Verhaltensweisen zu verorten. Die Bedeutung unterschiedlicher Rationalitätskonzeptionen und politischer und sozialstruktureller Kontroll- und Vermittlungsvariablen für die Erwartung derartiger Auswirkungen ist noch lange nicht im erforderlichen Ausmaß thematisiert worden. Deshalb laufen Forschungstraditionen weitgehend unverknüpft nebeneinander her. Versuche zur gegenseitigen Validierung von Befunden auf verschiedenen Analyseebenen sind selten; oft bleibt es bei der Feststellung von Widersprüchen (z. B. Fiorina 1978; Rattinger 1981). Obwohl die zuvor versuchte Übersicht über potentielle ökonomische Erklärungsgrößen sie nahelegen würde, sind Kontextanalysen zu diesem Thema praktisch nicht vorzufinden. Auch die verfügbaren Untersuchungen zu den politischen Konsequenzen ökonomischer Veränderungen spiegeln diesen Mangel an Verknüpfung zwischen den verschiedenen Analyseebenen wider. Während diese dynamische Betrachtungsweise bei den longitudinalen Aggregatstudien im Vordergrund steht, ist die Mikrofundierung dieses Aspekts bisher allenfalls bei Jung (1982) anzutreffen, dem es jedoch vorwiegend um Veränderungen von Kompetenzeinschätzungen geht.

Die durch unzureichende begriffliche und theoretische Strukturierung des Untersuchungsfeldes und unterschiedliche Forschungstraditionen bedingte Isolierung der verschiedenen Analyseansätze voneinander geht sogar so weit, daß die Notwendigkeit der Mikrofundierung und Mikrovalidierung von Aggregatbeziehungen insgesamt abgelehnt wird. Die radikale Position Kramers (1983), der derlei für *überflüssig und unmöglich* hält, stellt jedoch glücklicherweise einen Extremfall dar. Seine Aussagen sind für die meisten Typen von ökonomischen Erklärungsgrößen nicht haltbar. Vielmehr wird die Forderung nach Mikrofundierung von den meisten Forschern mehr oder weniger explizit geteilt, obwohl die Konsequenzen daraus nur selten gezogen werden.

Eine Ausnahme im deutschen Sprachraum stellt hier die Dissertation Kirchgässners (1976) dar, in der die auf Aggregatebene längszeitlich erwarteten Zusammenhänge aus rationalen Individualkalkülen abgeleitet werden, allerdings unter recht vereinfachenden Annahmen über individuelle Entscheidungsgrundlagen und Aggregationsprozeduren. In dieser Arbeit wird jedoch auch deutlich, daß dieser theoretische Übergang von einer Analyseebene auf die andere sich nicht in formalen Problemen der Annahmen und Aggregationsprozedur erschöpft, sondern auch einen Sprung zwischen theoretischen Konzepten, Variablen und Indikatoren involviert.

4. Unbefriedigend ist der Forschungsstand auch hinsichtlich der theoretischen Klärung von Form, Stärke und Richtung der Zusammenhänge, die unter

bestimmten Randbedingungen in den verschiedenen Analyseansätzen zwischen bestimmten ökonomischen Sachverhalten und politischen Resultaten erwartet werden sollen. Vorstellungen wie diejenigen der „asymmetrischen Reaktion“ (Bloom/Price 1975: Reaktionen auf Rezession bzw. Prosperität unterscheiden sich nicht nur im Vorzeichen, sondern auch in der Intensität) oder der „negativen Verzerrung“ (Kernell 1977: Für Rezession erfolgt Strafe, für Prosperität aber keine Belohnung) haben in der Forschung für die Bundesrepublik kaum Niederschlag gefunden. Freys (1972) Reaktionsschwellenhypothese ist nicht weiter verfolgt worden, obwohl sie äußerst fruchtbar sein sollte. Ursprünglich für die Aggregatebene entwickelt, erscheint sie ebenso gut für die Individuen anwendbar. Auch sollte sie für verschiedene Reaktionsmuster differenziert werden, scheint es doch plausibel, daß Einstellungen eher reagieren als Verhalten, daß Präferenzverlagerungen innerhalb des Systems bei geringeren ökonomischen Auslösern einsetzen als der Entzug von Unterstützung für das gesamte System. Auch Gewöhnungseffekte ließen sich innerhalb dieses Konzepts formalisieren.

Was die Intensitätsdimension angeht, so harrt noch der Prüfung, unter welchen Voraussetzungen ökonomische Größen sich eher in außergewöhnlich niedriger (Apathie) oder in überdurchschnittlicher politischer Aktivität niederschlagen. Inhaltlich ist zu klären, wann politische Reaktionen eher konventionell oder unkonventionell ausfallen und wann unkonventionelle Reaktionen im Sinne politischer Radikalisierung eher nach rechts oder eher nach links führen.

Zur Richtung konventioneller Reaktionsformen — also hauptsächlich systemimmanenter Präferenzverschiebungen — bietet die Literatur zwei Hypothesen an, die in Anlehnung an Downs (1957) formulierte „Anti-Regierungshypothese“ der Ökonomischen Theorie der Politik und die „Klientelenhypothese“ (Hibbs 1977, 1979), die als Reaktion auf ökonomische Problemlagen eine Hinwendung zu denjenigen politischen Eliten voraussagt, die als traditionelle Vertretung entsprechender Interessen gelten. Je nach Zusammensetzung der Regierung können beide Hypothesen zusammenfallen, sie müssen es aber nicht. Die theoretische Einordnung der letzteren Hypothese ist nicht ausreichend geklärt. Zum einen ist noch herauszuarbeiten, wie weit sie sich aufgrund der schichtenspezifischen Gruppierung von Interessenlagen mit etablierten Vorstellungen über langfristig stabile Parteineigungen überlappt. Zum zweiten ist noch nicht deutlich, ob diese Reaktionsmuster insgesamt oder nur für die betroffenen Klientengruppen vorhergesagt werden. Bei der letzten Interpretation, die durch die neuesten Schriften von Hibbs et al. (1982) und Hibbs (1982) gestützt wird, ist allerdings denkbar, daß durch gegenläufige Reaktionen bei anderen Gruppen der politische Effekt von ökonomischen Veränderungen im Aggregat aufgehoben wird und nur individuell bzw. gruppenspezifisch sichtbar ist.

Die ambitionierteste empirische Studie im Rahmen dieser beiden konkurrierenden Hypothesen hat Kiewiet (1983) vorgelegt, in der er überdies den

Erklärungsbeitrag der allgemeinen und der persönlichen ökonomischen Lage für das Wahlverhalten zu gewichten versucht. Seine Auswertung von Umfragedaten zu den amerikanischen Präsidentschafts- und Kongreßwahlen 1956 bis 1980 führt jedoch zu wenig eindeutigen Ergebnissen. Vergleichbar umfassende und theoretisch reflektierte Arbeiten liegen für die Bundesrepublik nicht vor. Aus Kiewiets Analyse unterschiedlicher Arten von Wahlen (Präsidentschaftswahlen und Kongreßwahlen „on-year“ und „off-year“) ergibt sich ein weiterer Hinweis, der die Forschung in der Bundesrepublik bereichern könnte, nämlich auf die Berücksichtigung von Wahlen verschiedener Ebenen (Bundestagswahlen und Landtagswahlen) und der Machtverteilung im föderalen System bei der Spezifikation von Modellen, wobei auch die Koalitionslandschaft und der Zwang zur Koalitionsbildung als zwischen ökonomische Sachverhalte und politische Resultate intervenierende Größen nicht weiter vernachlässigt werden sollten.

In diesem Zusammenhang verdient schließlich hervorgehoben zu werden, daß auch eine Reihe weiterer moderierender „Filtervariablen“, welche Art und Umfang der politischen Reaktion auf ökonomische Gegebenheiten in erheblichem Umfang steuern dürften, in der Bundesrepublik bislang kaum Eingang in die entsprechende Forschung gefunden haben. Als Beispiele sind zu nennen die Dimension persönlicher Betroffenheit, Muster der Attribution von ökonomischer Verantwortung, Werthaltungen und Bezugs- und Vergleichssysteme. Die Bedeutung solcher Faktoren wird nachhaltig unterstrichen durch die Begründung der relativ geringen politischen Relevanz persönlicher ökonomischer Lebenslagen im Vergleich zu Bewertungen der makroökonomischen Situation in den Vereinigten Staaten (Kinder/Kiewiet 1979, 1981) durch die dort verbreitete Ethik der individuellen ökonomischen Selbstverantwortung (Feldman 1982, 1983). Deshalb wird es z. B. auch kaum länger möglich sein, die Diskussion um einen Wertwandel zum „Postmaterialismus“ (Inglehart 1977) bei der Behandlung der politischen Folgen von Ökonomie auszublenden.

5. Als letzter Punkt in der Darstellung des Forschungsstandes ist die unzureichende Untersuchung der Entstehung ökonomischer „Weltbilder“ zu erwähnen. Er ist immer dann relevant, wenn die politischen Konsequenzen nicht von tatsächlichen globalen oder persönlichen wirtschaftlichen Situationen oder Entwicklungen, sondern von ökonomischen Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen analysiert werden, sei es hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen oder der persönlichen wirtschaftlichen Lage. Die Bedeutung der Bedingungsfaktoren derartiger „Weltbilder“ reicht aber darüber hinaus. So zeigt etwa Kirchgässner (1977) in einer Aggregatstudie für die Bundesrepublik, daß die makroökonomische Konjunktorentwicklung sich nicht unmittelbar auf Populäritätsfunktionen auswirkt, sondern vermittelt durch Wahrnehmungen der gesamtwirtschaftlichen Lage.

Empirische Befunde über die Determinanten solcher Einstellungsbündel stehen kaum zur Verfügung. Auf der theoretischen Ebene sind verschiedene

Erklärungsansätze denkbar: individualpsychologische, auf Betroffenheit, Erfahrung und Interessenlagen abzielende und kommunikationstheoretische. Die letzteren wiederum sind danach zu differenzieren, ob auf Medieneffekte oder auf politische Kommunikation abgehoben wird. Dabei kommen für verschiedene Einstellungen durchaus unterschiedliche dominante Erklärungsfaktoren in Betracht. So argumentiert etwa Roth (1973), daß Einschätzungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage vorwiegend objektive private ökonomische Lebenslagen widerspiegeln, während Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage vor allem die Interpretationsangebote und Deutungsmuster der bevorzugten politischen Eliten aufgreifen — also dem politischen Kommunikationsmodell entsprechen. Über Mechanismen der ökonomischen Erwartungsbildung und ihre politische Bedeutung liegen für die Bundesrepublik überhaupt keine mit denjenigen von Alt (1979) für Großbritannien vergleichbaren Ergebnisse vor.

Einstellungen zu aggregierten individuellen wirtschaftlichen Sachverhalten als erklärungsbedürftig anzuführen, bedeutet keine unzulässige Ausweitung der globalen Forschungsfrage nach den politischen Effekten von Ökonomie. Wenn man an den politischen Auswirkungen solcher Einstellungen interessiert ist, dann dürfen ihr Zustandekommen und ihre Dynamik nicht undeutlich bleiben, weil es höchst plausibel ist, davon auszugehen, daß Prozesse der Bildung und Beeinflussung politischer Attitüden sich auch hier niederschlagen. Man denke nur an die Bemühungen der politischen Parteien, sich durch ökonomische „Stimmungspakete“ zu profilieren, zu denen neben Kompetenzansprüchen und Maßnahmebündeln stets auch bestimmte Lageinterpretationen („Wende“) gehören. Zentrale Intention solcher „Stimmungspakete“ ist die Überlagerung von Wahrnehmungen durch positive Erwartungen, durch die Überzeugung, daß die richtigen Leute das Richtige unternehmen (Norpoth/Yantek 1983).

Politische Auswirkungen von Ökonomie zu behaupten, ist ein unkontroverser Gemeinplatz. Sobald man jedoch diese globale Ebene verläßt, wird man mit erheblicher Unsicherheit darüber konfrontiert, welche ökonomischen Größen unter welchen Randbedingungen auf welche Weise zu welchem politischen Resultat führen. Die internationale Forschung bietet bislang weder einen stringenten Ansatz zur theoretischen Strukturierung des Untersuchungsgegenstandes an noch eine darin eingebettete systematische Analyse der verfügbaren Individual- und Aggregatdaten. Die Literatur enthält lediglich eine Reihe mehr oder weniger voneinander isolierter theoretischer und empirischer Versatzstücke. Der Stand der Forschung in der Bundesrepublik ist durch besonders weitgehende Erkenntnisdefizite gekennzeichnet.

## *2.2. Religiöser Wandel und Politik*

Dem „religiösen Faktor“ kommt in Deutschland ein im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Massendemokratien wesentlich größeres Gewicht zu. Die historischen Wurzeln dieser Tatsache liegen darin, daß in Deutschland

für die Strukturierung des politischen Kräftefeldes von Anfang an nicht nur die sozialpolitische Frontstellung bestimmend war, sondern auch — wengleich vielfältig mit ihr verflochten — die konfessionell-weltanschauliche. So hoch die politische Bedeutung des „religiösen Faktors“ auch in der Öffentlichkeit und in der Sozialwissenschaft eingeschätzt wird, so selten sind die theoretischen und empirischen Bemühungen, diese Bedeutung, ihre Konstanz und ihren Wandel zu erklären. Eine politische Soziologie von Religion und Kirche existiert nur in Ansätzen. Daher kann sich eine Bearbeitung dieser Thematik — im Unterschied zum Komplex Ökonomie und Politik — nicht auf breite aufgefächerte Forschungstraditionen, sondern lediglich auf einige disparate Beiträge stützen. Es empfiehlt sich deshalb, zur näheren Charakterisierung des Gegenstandes zunächst den Blick auf die Genese der deutschen Konstellation zu richten.

Wie ein gesamteuropäischer Vergleich zeigt, boten sich konfessionelle Scheidelinien bei der Herausbildung von Parteiensystemen an (Lipset/Rokkan 1967). Die Besonderheit der deutschen Entwicklung besteht jedoch darin, daß sie zu einer konfessionspolitischen Asymmetrie führte. Am Ende des 19. Jahrhunderts, als die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen erfolgt waren, gab es ein geschlossenes katholisches Milieu und einen politischen Katholizismus, aber weder ein vergleichbares evangelisches Milieu noch einen politischen Protestantismus. Die asymmetrische Politisierung der konfessionellen Scheidelinie läßt sich durch die unterschiedlichen Folgen erklären, die die Abkehr vom Prinzip des „cuius regio eius religio“, die Große Säkularisation und die Reichsgründung für beide Konfessionen nach sich zogen.

Während der katholische Bevölkerungsteil, der zunächst in den Einzelstaaten (1803/1815), dann im kleindeutschen Nationalstaat (1871) in eine Minderheitenposition geraten war, sich unter der Führung seines von staatskirchlichen Bindungen befreiten Klerus zu einer deutlich abgegrenzten Subgesellschaft formierte, deren Politisierung sich in erster Linie über den konfessionellen Gegensatz vollzog, fehlte dem deutschen Protestantismus dank seiner Stellung als Mehrheit und dank seiner im Summepiskopat gesicherten Verbundenheit mit den Oberhäuptern von Reich und Einzelstaaten nicht nur die Notwendigkeit zu einer solchen Defensivstrategie, sondern auch deren Voraussetzungen. Die in Landeskirchen parzellierten evangelischen Kirchen fielen als Mobilisierungs- und Integrationsfaktoren aus; ihnen fehlte zudem eine Theologie, die sich zur Legitimation einer eigenen protestantischen politischen Organisation geeignet hätte. Ein dem „Kulturkampf“ vergleichbarer Konflikt, der den Gesamtprotestantismus in eine geschlossene Frontstellung hätte bringen können, war deshalb von vornherein ausgeschlossen.

Dies erklärt, daß sich zwar die Parteien in beiden Konfessionen separat entwickelten, daß aber die konfessionelle Trennungslinie nur für den Katholizismus dominant wurde. Für den durch die Selbstisolierung der Katholiken negativ abgegrenzten Protestantismus dagegen verliefen die entscheidenden

parteipolitischen Konfliktlinien nicht zwischen den Konfessionen, sondern *innerhalb* des evangelischen Bevölkerungsteils. Hier entwickelte sich im Zuge der demokratischen und konstitutionellen Bewegung zunächst der Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen. Im Verlauf der Industrialisierung trat der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum hinzu. Damit hatten sich im evangelischen Bevölkerungsteil drei politische Gruppierungen gebildet: Konservative, Liberale und Sozialdemokraten. Deren Anhänger waren zwar fast ausschließlich Protestanten, jedoch konnte oder wollte keine von ihnen sich in erster Linie als protestantische Partei oder gar als Partei *des* Protestantismus verstehen. Die Bindung an eine Partei war im Protestantismus also keine Angelegenheit der Konfessionszugehörigkeit.

Überblickt man diese Entwicklung, so läßt sich die Konstellation bis gegen Ende der Weimarer Epoche am besten als „politisierte Sozialstruktur“ (Pappi 1976) charakterisieren. Sozialstruktur und Parteiensystem entsprachen einander: Die Parteien waren die „politischen Aktionsausschüsse“ ihrer jeweiligen Sozialmilieus (Lepsius 1966). Der Begriff des „Milieus“ weist darauf hin, daß wir es bei den Elementen der Sozialstruktur nicht mit bloßen Aggregaten von Individuen gleicher sozialer Lage, sondern mit politisierten Vergemeinschaftungen zu tun haben. Freilich unterschieden sich die vier „klassischen“ Milieus (Katholizismus, Sozialdemokratie, Konservatismus, Liberalismus) beträchtlich hinsichtlich ihrer internen Integrationsmechanismen. Nur für das katholische Milieu fielen die Milieugrenzen mit den Konfessionsgrenzen zusammen. Es konnte sich damit auf ein klares, seit der Reformation in Institutionen und Bewußtsein fest verankertes Abgrenzungskriterium stützen; sein Rückhalt beruhte auf der Verknüpfung regionaler und kultureller mit einer transnationalen konfessionellen Identifikation, die durch eine flächendeckende amtskirchliche und eine sozialstrukturell differenzierte verbandliche Organisation abgesichert wurde. Es liegt auf der Hand, daß die übrigen Milieus sich in wesentlich geringerem Maße auf bereits existierende, historisch definierte Grenzlinien stützen konnten und wesentlich mehr darauf angewiesen waren, eine organisatorische Infrastruktur neu zu schaffen. Ihre jeweilige Integrationskraft ist am Schicksal dieser Milieus in der Weimarer Republik abzulesen.

Die Neuerrichtung des deutschen Parteiensystems nach 1945 hat zunächst auf weiten Strecken zu einer Wiederherstellung der Vorkriegskonstellation geführt, da die vier „klassischen“ Milieus hinreichend Substanz bewahrt hatten, um eine personelle, organisatorische und programmatische Kontinuität zu ermöglichen. Dennoch haben seither wesentliche Veränderungen stattgefunden, die sowohl von den Milieus als auch von den Parteien ihren Ausgang nahmen und sich gegenseitig verstärkten. Der Verzicht auf eine *de facto* katholische Partei zugunsten der Errichtung einer interkonfessionellen christlichen Partei hat einen milieuübergreifenden „Dachverband“ (Naßmacher 1979) geschaffen. Damit wurde die alte konfessionelle Spaltung des deutschen Parteiensystems in einen geschlossenen katholischen Teil und in einen sozialstrukturell und ideologisch

differenzierten evangelischen Teil beseitigt, also auch eine Überwindung der bislang konfessionell asymmetrischen Politisierung ermöglicht. Der spätestens bei den Bundestagswahlen 1957 sichtbare Erfolg der Sammlungsstrategie der Unionsparteien veranlaßte auch SPD und FDP zu dem Bemühen, ihre bisherigen Milieugrenzen zu überschreiten. Diese Strategien wurden durch Entwicklungen innerhalb der Milieus unterstützt.

Das Ergebnis der im katholischen Milieu seit Kriegsende abgelaufenen Prozesse läßt sich als Schrumpfung und als Abschwächung des besonderen konfessionellen Profils umschreiben (Kühr in diesem Band). Die Auflösung konfessionell geschlossener Gebiete und die Abschaffung der Konfessionsschule, also der Wegfall wichtiger sozialer Stützen der Kirchlichkeit, das Ende der Minderheitensituation, die Durchschlagkraft konfessionell unspezifischer Massenmedien, die Einebnung des Status- und Bildungsgefälles zwischen Katholiken und Protestanten, schließlich auch die politische Zusammenarbeit mit Teilen des Protestantismus in den Unionsparteien und in der Einheitsgewerkschaft haben zu einer Verwischung der Konfessionsgrenzen und zu einem Abbau der konfessionellen Gegensätze geführt. Hinzu kam ein genereller Rückgang der Beteiligung am kirchlichen Leben. Diese Prozesse waren, gefördert durch gesamtkirchliche Impulse (päpstliche Enzyklen, II. Vatikanisches Konzil), begleitet von einer Pluralisierung innerhalb der katholischen Amtskirche und dem katholischen Verbandswesen (Gotto in diesem Band).

Die Lage des deutschen Protestantismus unterschied sich nach 1945 von der Vorkriegssituation insofern, als er sich in Gestalt der EKD erstmals eine die Landeskirchen umgreifende Gesamtrepräsentation auf nationaler Ebene geschaffen hatte und damit als Gesamtheit politisch handlungsfähig geworden war. Weiterhin hatte der Kirchenkampf unter dem Nationalsozialismus die elementare Erfahrung gebracht, daß auch evangelische Christen und die evangelische Kirche einer eigenständigen politischen Verantwortung nicht ausweichen können, ja, daß die Dimension des Politischen unabdingbar zur christlichen Existenz gehört. Diese Politisierung des Protestantismus führte die Kirchenleitungen jedoch nicht dazu, die seit der Gründung der Unionsparteien erstmalig auch für die deutschen Protestanten eröffnete spezifisch christliche Parteioption autoritativ zu unterstützen. Sie entschieden sich vielmehr für eine parteipolitische Neutralität. Zugleich belebte die Politisierung die traditionellen Unterschiede der reformatorischen Bekenntnisse. Während die lutherische Tradition sich zugunsten der Unionsparteien auswirkte, tendierte die reformierte Richtung stärker zur Sozialdemokratie.

Die Entwicklung der Nachkriegszeit kann daher in vier Punkten resümiert werden: Beseitigung der konfessionellen Spaltung des Parteiensystems, Veränderung der Parteien in Richtung auf „Volksparteien“, die sich gegenüber ihren angestammten Milieus verselbständigt haben, Erosion und Profilverlust des katholischen Milieus, schließlich Politisierung des Protestantismus quer zu den



klassischen Milieus. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß sich nicht nur die traditionelle Zuordnung von Sozialstruktur und Parteiensystem verändert, sondern auch das Modell der „politisierten Sozialstruktur“ überhaupt in der Nachkriegszeit an Erklärungskraft verloren hat. Zugleich macht der historische Rückblick deutlich, daß, will man den „religiösen Faktor“ zur Erklärung politischer Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen von Individuen heranziehen, man gerade in Deutschland mit einer so einfachen Kategorie wie der Konfessionszugehörigkeit allein kaum auskommen kann. Vielmehr sind so unterschiedliche Ebenen wie etwa die demographische (Konfessionsproporz), die theologische (Lehre von Staat und Demokratie) und die institutionelle (kirchliche Binnenstruktur, Beziehungen der Kirchen untereinander sowie zu Staat und Parteien) jeweils für die einzelnen Bekenntnisse sowohl im Zeitverlauf als auch in ihrer geographischen Differenzierung zu berücksichtigen.

Es entspricht der Komplexität des Gegenstandes, daß die relevanten Fragestellungen in unterschiedlichen Disziplinen bearbeitet worden sind. Die Forschungsstränge lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Die *zeithistorische Forschung* hat sich vor allem der Rekonstruktion der institutionellen Seite der Beziehungen zwischen Kirchen und Parteien gewidmet. Sie hat die organisatorische und personelle Verflechtung (Buchhaas/Kühr 1979) sowie den Einfluß der Kirchen auf zentrale politische Entscheidungen untersucht (Gotto 1977). Weiterhin ist die Programmatik der großen Parteien auf ihre Nähe zu kirchlichen Positionen bzw. auf ihre Vereinbarkeit mit ihnen hin analysiert worden (Schwan 1966; Forster 1974; Hollerbach 1977). Einen breiten Raum nehmen Darstellungen zu organisatorischen Veränderungen in der katholischen Kirche, vor allem seit dem II. Vatikanischen Konzil, ein. Auch die politisch relevanten Entwicklungen in der Theologie sind gut dokumentiert (Huber 1973; Forster 1982).

Die *religionssoziologische Forschung* (in Gestalt der Kirchensoziologie) beruht in erster Linie auf dem Interesse der Kirchen an sich selbst. Dieses Interesse brachte zunächst vornehmlich Untersuchungen zur Gemeindestruktur hervor (Goldschmidt/Greiner 1960). In den siebziger Jahren wurden im kirchlichen Auftrag Großumfragen mit zum Teil gewaltigen Datenmassen durchgeführt, die sowohl den Glaubensinhalten, der religiösen Praxis wie den Dimensionen kirchlicher Bindung galten (Matthes 1975; Schmidtchen 1972, 1973 a). Naturgemäß waren diese Untersuchungen vor allem nach pastoralen Gesichtspunkten angelegt und berücksichtigen nur am Rande politische Variablen.

Läßt sich somit für die religionssoziologischen Arbeiten ein Defizit an politisch relevanten Daten, dafür aber breites Material über religiöse Einstellungen und Verhaltensweisen konstatieren, so gilt für die *Wahlsoziologie* das Gegenteil. Bei ihrer Suche nach den Bestimmungsgründen des individuellen

Wahlverhaltens ist die Wahlsoziologie zwar unweigerlich immer wieder auf Konfession und kirchliche Bindung als Erklärungsvariablen gestoßen. Sie hat es jedoch in den meisten Fällen — so auch in der bisher einzigen deutschen Monographie zum Thema (Blankenburg 1967) — bei dieser Operationalisierung des „religiösen Faktors“ bewenden lassen und ist nur in seltenen Fällen, und auch dann nur in Ansätzen, zu einer von der zeithistorischen oder der religionssoziologischen Forschung nahegelegten breiteren Differenzierung vorgestoßen. In dieser Abschottung von anderen Disziplinen ist eine der Hauptursachen für die Blickverengung zu sehen, die bislang eine angemessene Bearbeitung der politischen Korrelate des „religiösen Faktors“ behindert hat. Im folgenden werden einige der wichtigsten Lücken der bisherigen Forschung erläutert sowie Vorschläge zur Differenzierung der Fragestellung und zur Verbesserung der Datenbasis unterbreitet.

- ✓ 1. Als Ausgangspunkt einer Bilanz des Forschungsstandes kann die Frage dienen, welche *Dimensionen politischen Verhaltens und politischer Verhaltensorientierungen* überhaupt mit religiösen Merkmalen in einen Zusammenhang gebracht werden bzw. sinnvollerweise werden könnten. Dabei ist es nicht überraschend, daß angesichts der traditionellen Verknüpfung zwischen Konfessionsstruktur und Parteiensystem das Hauptaugenmerk bislang dem Wahlverhalten bzw. der Parteibindung galt. Es besteht jedoch Anlaß, über diese parteibezogene Betrachtungsweise hinauszugehen und nach generellen konfessionsspezifischen oder religiös fundierten politischen Orientierungen zu fragen. Die Umstände des Unterganges der Weimarer Republik führten zu der Überlegung, ob die deutschen Katholiken — trotz der unbestreitbaren Verdienste der Zentrumspartei bei der Politisierung des katholischen Volksteils und ihrer vergleichweisen Stabilität in der Schlußphase der Weimarer Republik — zu Republik und Demokratie ein genuines oder aber nur ein instrumentelles Verhältnis entwickelt haben. Konkret ist zu fragen, ob nicht in der Werthierarchie der deutschen Katholiken — analog zu Bernsteins Parole „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“ — die naturrechtlich begründeten „*bona particularia*“ Religion, Kirche, Konfessionsschule usw. einen höheren Rang einnahmen als die rechtsstaatlich-demokratische Gesamtordnung (Böckenförde 1961; Lepsius 1966). Von anderen Ausgangspunkten her läßt sich nach der politisch dominanten Orientierung im deutschen Protestantismus fragen (vgl. Stammler in diesem Band). Hat nicht das jahrhundertelange landesherrliche Kirchenregiment in Verbindung mit der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre zu einer obrigkeitsstaatlich geprägten politischen Haltung geführt, zur Hochschätzung staatlicher Autorität jenseits parteipolitischer Auseinandersetzungen, zur Identifikation von Protestantismus und Nationalstaat?

Zwar brachte die NS-Herrschaft sowohl den Protestanten als auch den Katholiken völlig neue Erfahrungen. Auch haben sich die Rahmenbedingungen seit 1945 stark verändert: Der deutsche Nationalstaat ist zerbrochen; die Befreiung der Katholiken aus ihrer Minderheitenrolle ermöglichte ihnen in der

Bundesrepublik eine verfassungsrechtliche und politische Saturierung. Dennoch bleibt die Frage nach einer konfessionsspezifischen Akzentuierung der politischen Weltbilder relevant. Läßt sich etwa in der sicherheits- und deutschlandpolitischen Auseinandersetzung, die seit Heinemanns Austritt aus dem ersten Kabinett Adenauer im deutschen Protestantismus nicht mehr zum Stillstand gekommen ist, eine Verbindung zwischen der deutschnationalen und der durch die Erfahrungen der NS-Herrschaft wiedererweckten gesinnungsethischen Traditionslinie im deutschen Protestantismus sehen? Welchen Stellenwert nehmen traditionelle naturrechtliche Postulate der katholischen Soziallehre im allgemeinen Bewußtsein der katholischen Bevölkerung bis heute ein? Finden Tendenzen zu einer „neuen Politik“ in prä- oder postmaterialistischen Strömungen innerhalb der Kirchen einen Rückhalt? Die letzte Frage setzt freilich eine nähere Bestimmung von Ausmaß und Richtung des „Wertwandels“ voraus (vgl. Jagodzinski, Meulemann, Puschner in diesem Band).

Von Interesse sind deshalb nicht allein konfessionelle Unterschiede in der Bewertung und Bedeutung einzelner politischer Streitfragen (Schmidtchen 1979), sondern vor allem das Ausmaß, in dem konfessionelle und religiöse Faktoren politische Weltbilder und Wertesysteme beeinflussen. Ein systematischer Versuch in diese Richtung ist, im Unterschied zu Frankreich (Michelet/Simon 1977), für die Bundesrepublik noch nicht unternommen worden. Im Zusammenhang solcher Weltbilder wäre dann das Maß der Zustimmung sowohl zum politischen System der Bundesrepublik als Ganzem (Boynnton/Loewenberg 1973, 1974; Schmidtchen 1973 b), als auch zu demokratischen Verfahrensweisen (Veiders 1980) und zu einzelnen Politikbereichen zu interpretieren.

2. Die Hauptdefizite liegen jedoch weniger im Bereich der abhängigen Variablen als vielmehr in der *ungenügenden Differenzierung auf Seiten der unabhängigen Variablen*, also dessen, was unter dem „religiösen Faktor“ verstanden wird. Dies beginnt bereits bei der Kategorisierung der Konfessionszugehörigkeit. Die häufig anzutreffende bloße Gegenüberstellung von Katholiken und Nicht-Katholiken befriedigt ebensowenig wie die von Katholiken, Protestanten und Sonstigen. Die gerade in der Nachkriegszeit wieder stärker akzentuierten politischen Differenzen zwischen den reformatorischen Bekenntnissen legen eine Unterscheidung von Lutheranern, Unierten und Reformierten nahe. Allerdings läßt sich diese Kategorisierung nicht durch direkte Befragung bewerkstelligen, da die meisten Protestanten einer solchen Frage hilflos gegenüberstehen würden. Die einzige Lösung besteht darin, entsprechend dem aus dem landesherrlichen Kirchenregiment überkommenen und bis heute praktizierten Territorialprinzip zu verfahren und bei Umfragen die Protestanten jedes sample points entsprechend dem Bekenntnisstand der jeweiligen Landeskirche bzw. der jeweiligen Kirchengemeinde zu klassifizieren. Bei Analysen von Aggregatdaten bietet sich ein analoges Verfahren an.

Die Probleme, die die zweite Standardvariable, die Kirchengangshäufigkeit, aufwirft, sind ungleich größer. Angesichts der Tatsache, daß sie meist im

Rahmen von Gruppenkonzepten interpretiert wird — so etwa bei Converse (1974) als „intensifier“ der Konfessionszugehörigkeit — stellt sich die Aufgabe einer näheren Bestimmung der jeweils anvisierten Bezugsgruppe. Hier empfiehlt es sich, zwischen dem Bezug zur Kirche und dem Bezug zur Konfession zu unterscheiden (Lenski 1963; Converse 1966). Mag diese Unterscheidung für den Katholizismus wenig fruchtbar erscheinen, so ist ihr Sinn für den Protestantismus unmittelbar evident. Seit der Reformation ist hier Kirchlichkeit als Maßstab für das Christsein relativiert, spätestens seit dem Kulturprotestantismus ist ein unkirchliches — aber gleichwohl konfessionelles — Evangelischsein eine Massenerscheinung. Zudem gewinnt die analytische Trennung der Dimensionen auch für den Katholizismus in dem Maße an Bedeutung, in dem bei weiterbestehender Kirchenmitgliedschaft die kirchlich normierte religiöse Praxis nachläßt oder gar gänzlich aufgegeben wird. Es ist unter diesen Umständen denkbar, daß sich der positive Zusammenhang zwischen kirchlicher und konfessioneller Bindung nicht nur abschwächt (Lenski 1963), sondern sich sogar umkehrt. Die am stärksten an ökumenischen Bemühungen zum Abbau der Konfessionsschranken beteiligten aktiven Kirchenmitglieder könnten weniger konfessionalistisch eingestellt sein als Formalmitglieder, die außerhalb dieses Prozesses stehen.

Der Bezug zur *Konfession* kann auf der individuellen Ebene durch Verhaltensvariablen wie Endogamie (Lenski 1963; Pappi in diesem Band) oder Endophilie (Pappi 1976) gemessen werden, wobei jeweils die lokale oder regionale Gelegenheitsstruktur zu berücksichtigen ist. Die Ermittlung subjektiver konfessioneller Bezüge verspricht jedoch ein differenzierteres Bild, und zwar besonders dann, wenn über die Messung der Intensität von Bindung an die eigene und von Distanz zu anderen Konfessionen hinaus (Converse 1966; Schmidtchen 1972, 1979) die inhaltliche Struktur von Auto- und Heterostereotypen untersucht wird. Auch hinsichtlich des Bezugs zur *Kirche* haben subjektive Meßgrößen gegenüber Verhaltensvariablen (wie etwa Beteiligung an bestimmten kirchlichen Veranstaltungen und Amtshandlungen) den Vorteil, daß sie grundsätzlich zu globalen Maßen der subjektiven Bindung an die Kirche Aussagen über den Sinn ermöglichen, der mit dieser Bindung verknüpft wird (Hild 1974). In jedem Falle sind die Bezüge zur Kirche entsprechend den Organisationsebenen zu differenzieren in solche zur Kirche insgesamt, solche zur lokalen Pfarrgemeinde und solche zu kirchlichen Verbänden außerhalb der amtskirchlichen Struktur.

Sieht man von der Pionierleistung von Schauff (1928) ab, so sind auf der Ebene von Aggregatdaten Maße für konfessionelle und für kirchliche Bindung bislang nicht in politiksoziologische Analysen einbezogen worden. Von dem reichhaltigen Datenmaterial der Kirchenstatistik wurde kein Gebrauch gemacht. Dabei bietet sie, besonders in Kombination mit der einschlägigen staatlichen Zivilstandsstatistik, sowohl für die konfessionelle Dimension (z. B. konfessionell gemischte Trauungen, Taufen von Kindern aus konfessionell

verschiedenen Ehen) als auch für die Dimension der Kirchenbindung (z. B. Kirchgangshäufigkeit, Sakramentenempfang, Tauf- und Trauungsfrequenz, Kircheneintritte und -austritte) eine Vielzahl aussagekräftiger Indikatoren.

Hinsichtlich weiterer, über den Bezug zur Konfession und zur Kirche hinausgehender Dimensionen des „religiösen Faktors“ kann auf eine große Zahl von Konzepten und Meßgrößen zurückgegriffen werden, die die Religionssoziologie entwickelt (als Literaturübersicht vgl. für den angelsächsischen Bereich Glock 1965; Argyle/Beit-Hallahmi 1975; für Deutschland Matthes 1969; Boos-Nünning 1972) und in der empirischen Forschung eingesetzt hat (Hild 1974; Schmidtchen 1972, 1979). Eine theoretisch und empirisch begründete Auswahl aus diesem breiten Repertoire, die sich im einzelnen nach den jeweils untersuchten politischen Einstellungen und Verhaltensweisen zu richten hat, wird in jedem Falle als dritte Hauptdimension die des Glaubens einschließen müssen. Ob dabei die Nähe oder Ferne zur kirchlich definierten Glaubenslehre, also Orthodoxie, gemessen oder ob ein gemeinchristlicher oder gar ein vom christlichen Verständnis von Religion unabhängiger Maßstab zugrundegelegt wird, ist von der jeweiligen Fragestellung abhängig. Zentral sind nicht nur Inhalt und Struktur des Glaubenssystems, sondern auch sein Geltungsbereich: Wird die Bedeutung des Glaubens auf die Privatsphäre beschränkt oder gilt er als Handlungsanleitung auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich?

3. Die aufgezeigten Defizite in der analytischen Differenzierung des „religiösen Faktors“ deuten darauf hin, daß auch die *Erklärungen*, die für den Zusammenhang zwischen religiösem und politischem Verhalten bisher versucht wurden, ergänzungsbedürftig sind. Die Verknüpfung der beiden Seiten wurde bisher hauptsächlich innerhalb des Modells der politisierten Sozialstruktur untersucht. Im Zentrum des Interesses stand die Frage, inwieweit die Prägung des Wahlverhaltens durch historisch entstandene Konfliktstrukturen Kontinuität aufweist oder nicht, wobei im wesentlichen zwei Kriterien herangezogen wurden, nämlich Kontinuität in der Rekrutierung der Kernklientel durch die Parteien und Kontinuität der entsprechenden ideologischen Grundpositionen auf der Wählerebene (Pappi/Laumann 1974; Pappi 1973, 1976, 1977, 1979; Kaase/Klingemann 1979, Baker et al. 1981). So bedeutsam und unbestreitbar die Ergebnisse der auf diesem Ansatz beruhenden Untersuchungen sind, nämlich der Nachweis der Stabilität der konfessionellen Konfliktlinie, so problematisch sind zugleich die ihnen zugrundeliegenden Annahmen: Kontinuität der Parteialternativen, der Parteiprogramme, der Binnenstruktur der als Großgruppen verstandenen Elemente der Sozialstruktur und der zwischen diesen Gruppen und den Parteien bestehenden Koalitionen. Der historische Überblick hat verdeutlicht, daß sich gerade hier wichtige Veränderungen vollzogen haben. Die heutigen Unionsparteien haben nur wenig mit dem einstigen „Aktionsausschuß“ des katholischen Milieus gemein, die Programmatik aller Parteien hat sich ebenso gewandelt wie ihre Verflechtung mit den Großgruppen und deren innere Struktur. Diese Aspekte aus der Untersuchung

auszublenden, bedeutet eine Konzentration auf die Ergebnisse von Prozessen und eine Vernachlässigung der institutionellen Vermittlungsinstanzen, die diese Ergebnisse erst hervorgebracht haben.

Die im letzten Jahrzehnt unternommenen Versuche, das Milieukonzept für die wahlsoziologische Analyse fruchtbar zu machen, zeigen hier neue Wege (als Literaturberichte vgl. Rohe 1982; Mintzel 1984; Kühr in diesem Band). Der Umstand, daß alle einschlägigen Untersuchungen Regionalstudien auf Aggregatdatenbasis sind, verweist die umfrageorientierte Wahlsoziologie auf einen Ausbau der Mehrebenenanalyse. Über die bisher üblichen Kontextmerkmale — wie die Konfessionsanteile (Falter 1973; Pappi 1976; Veiders 1978), die regionale Konfessionsstruktur (Klingemann 1969) oder die oben genannten Merkmale der Kirchlichkeit und des Konfessionalismus — hinaus wären Variablen zur Struktur der Pfarrgemeinden, zum kirchlichen Verbandswesen und zu dessen Verflechtung mit den lokalen und regionalen Parteieliten einzubeziehen. Im Protestantismus ist darüber hinaus die lokale und regionale Präsenz pietistischer Gemeinschaften zu berücksichtigen. Auf diese Weise könnten nicht nur Hypothesen über Effekte einer parteipolitischen Pluralisierung des katholischen Verbandswesens überprüft, sondern auch der Einfluß der Kirchlichkeit im evangelischen Bereich, in dem das Koalitionsargument auf der gesamtstaatlichen Ebene ausfällt, einer Erklärung nähergebracht werden. Diese Vorschläge zielen auf eine angemessenere Berücksichtigung der Binnenstruktur der jeweiligen Milieus ab. Interaktions- und Gruppenidentifikationsmodelle könnten so einen Rahmen erhalten, der präziser ist als die globalen Größen Konfession oder Kirche.

In den Zusammenhang der Vermittlungsprozesse gehört auch die innerkirchliche Kommunikation. Wen erreichen politische Stellungnahmen der Kirchenleitungen und der Spitzengremien von Laienorganisationen und was bewirken sie? Welches Gewicht kommt solchen Äußerungen im Vergleich zu anderen Trägern der öffentlichen Meinung zu, insbesondere im Vergleich zu den Parteien? Eine Beantwortung dieser Fragen, die bislang aussteht, würde nicht nur Aufschluß über das Mobilisierungspotential der Kirchen geben, sondern auch grundlegende Einsichten über das Verhältnis von Konfessionszugehörigkeit und Parteibindung überhaupt erlauben. Es ist erstaunlich, daß gerade dieser Punkt innerhalb der noch anhaltenden Debatte darüber, ob das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragbar ist, nicht systematisch untersucht wurde. Die Ausklammerung dieser Fragestellung ist zwar für Untersuchungen naheliegend, deren Hauptaugenmerk kurzfristigen Abweichungen von der Normalwahl gilt (Converse 1966; Falter/Rattinger 1983). Für die Abschätzung der langfristigen Folgen der Milieuauflösungsprozesse für das Wahlverhalten ist jedoch das Ausmaß der sozialstrukturellen Verankerung der Parteiidentifikation die zentrale und derjenigen nach Stabilität und Intensität der Parteiidentifikation vorgeordnete Frage. Dazu wäre nicht nur der jeweilige Anteil an „abgeleiteter“ und „nicht abgeleiteter“ Parteiidentifikation zu bestimm-

men (Berger 1977). Darüber hinaus müßte geklärt werden, ob und unter welchen Umständen sozialstrukturell vermittelte in genuine Parteiidentifikation übergeht, ein Prozeß, dessen Mechanismen schon im „American Voter“ (Campbell et al. 1960) angedeutet wurden. Führt in Deutschland der Verlust der Bindung an Kirche und Konfession wie in den Niederlanden (Miller/Stouthard 1975; Thomassen 1976; Andeweg 1982) zum Verlust der Identifikation mit den christlichen Parteien oder überleben die traditionellen Parteibindungen losgelöst von ihrer ursprünglichen Fundierung?

4. Schließlich verdient die zeitliche Reichweite der bisherigen Untersuchungen und ihre regionale Differenzierung Beachtung. Da der Wandel im religiösen Bereich sich in relativ langsamen Zeitrhythmen vollzieht, ist eine Datenbasis erforderlich, die zu weit auseinanderliegenden Zeitpunkten erhobenes Material umfaßt. Es ist daher ein Glücksfall, daß die erste große Repräsentativumfrage in der Bundesrepublik von 1953 dem kirchlichen Bereich einen breiten Raum widmete und für Zeitvergleiche herangezogen werden kann (Pappi 1973, 1977; Berger et al. 1977, 1983; Mielke/Schoof 1983). Unabhängig davon, daß durch eine Differenzierung der Fragestellung in den hier angedeuteten Richtungen die vorhandenen Umfragen sekundäranalytisch noch wesentlich weiter ausgeschöpft werden können, bestehen doch Grenzen ihrer Aussagekraft. Denn sollen die konfessionelle Neustrukturierung des Parteiensystems und die Folgen des Wandels im religiösen Bereich angemessen erfaßt werden, so erfordert dies nicht nur eine Fixierung der Ausgangslage nach 1945, sondern auch einen Vergleich mit den Verhältnissen in der Weimarer Republik.

Dies ist nicht mit Hilfe von Umfragedaten, sondern nur mit Aggregatdaten zu leisten. Es empfiehlt sich daher, an die Tradition der 1928 von Schauff veröffentlichten Untersuchungen anzuknüpfen und dessen Aggregatdatenbasis um weitere Merkmale der Kirchen-, Verbands- und Parteistatistik anzureichern. Schauffs Analysen des Wahlverhaltens der Katholiken und Protestanten reichen nur bis zur Reichstagswahl 1924. Der erste Schritt müßte daher in ihrer Weiterführung bis zur Reichstagswahl vom März 1933 bestehen. Damit wäre eine Vergleichsbasis gewonnen, die es erlaubt, die Effekte von 12 Jahren NS-Herrschaft zu ermitteln und das Ausmaß zu bestimmen, in dem sich nach 1945 politische Verhaltensmuster aus der Zeit vor 1933 erhalten haben. Über die Ergebnisse von Falter (1981) hinausgehend würde dies auch eine Antwort auf die Frage erlauben, ob der Wandel im religiösen Bereich seit Bestehen der Bundesrepublik politisch bedeutsamer ist als derjenige der Zäsur zwischen 1933 und 1945. Im Unterschied zu den Umfragedaten, deren forschungsökonomisch bedingte Begrenzung der Stichprobengröße nur grobe regionale Unterschiede erkennen läßt, enthalten Aggregatdaten regional fein gegliedertes Material. Dies erlaubt, spezifische und an kleinräumige Milieus gebundene Verhältnisse zu erfassen und in die Analyse einzubeziehen. Welche Möglichkeiten bei einer breiten Ausschöpfung des vorhandenen Materials auf diese Weise erschlossen

werden können, zeigen die jüngeren Regionalstudien, insbesondere die Monographie von Wahl (1980).

### 3. Bemerkungen zur Verbesserung der Datenlage

Die zwei vorhergehenden Abschnitte haben verdeutlicht, daß die Erforschung der politischen Auswirkungen von ökonomischem Wandel, religiösem Wandel und Wertwandel in der Bundesrepublik sowohl theoretisch wie empirisch noch gewaltigen Einsatzes bedarf, um die zahlreichen oben aufgeworfenen Fragen halbwegs systematisch zu beantworten. Im Bereich der empirischen Forschung kommt dabei natürlich der Verfügbarkeit geeigneter Datenmaterialien eine Schlüsselrolle zu. Die einschlägige Forschung arbeitet, wie ausgeführt, mit Individual- und Aggregatdaten, wobei ein klarer langfristiger Trend zu den ersteren hin sichtbar ist, die letzteren sich jedoch im Bereich hochaggregierter Longitudinalstudien unverändert hoher Beliebtheit erfreuen. Diese eindeutige Zuordnung von Datentypen und Analyseansätzen — Querschnittuntersuchungen von Individualdaten und Längsschnittuntersuchungen von Aggregatdaten — reflektiert jedoch keineswegs theoretisch fundierte Entscheidungen, sondern allein die Datenlage.

Die Bearbeitung der in dieser Einführung skizzierten Fragestellungen erfordert selbstverständlich auch empirisches Material über individuelle Einstellungs- und Verhaltensmuster. Darüber hinaus geht es aber auch um die Beschreibung und um die Analyse der politischen Folgen von ökonomischen und sozialen Strukturen, ihrer regionalen Differenzierung und ihrer Dynamik. Dazu sind jedoch in der Regel im Querschnitt zu einem Zeitpunkt erhobene Individualdaten nur bedingt geeignet, vielmehr sind über die Zeit hinweg vergleichbare Aggregatdaten für räumlich abgegrenzte Untersuchungseinheiten einer sinnvollen Aggregationsstufe erforderlich. Genau diese Forderung ist aber oft kaum oder gar nicht erfüllt — ein wesentlicher Grund dafür, daß Individualdatenanalysen im Bereich der empirischen Sozialforschung so stark auf Kosten von Aggregatdatenanalysen Boden gewinnen konnten.

In ihrer Frühphase war die empirische Erforschung der Grundlagen des politischen Verhaltens von größeren sozialen Kollektiven ausschließlich auf die Untersuchung von Datenmengen beschränkt, welche diese Kollektive als Ganzes charakterisieren. Das Aufkommen der Umfragetechnik und verfeinerter Stichprobenverfahren vor über 40 Jahren führte rasch dazu, daß Erkenntnisse über die Bedingungsfaktoren dieses Verhaltens mit Skepsis betrachtet wurden, wenn sie nicht durch Befragungen auf der Individualebene abgesichert waren. Die Untersuchung von politischem Verhalten mittels Aggregatdaten sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, angesichts der Gefahr „ökologischer Fehlschlüsse“ (Robinson 1950) von sehr begrenztem Erkenntniswert zu sein.

Diese wissenschaftshistorische Entwicklung hat in der Praxis der empirischen Sozialforschung weltweit ihre Spuren hinterlassen. In der Bundesrepublik ist sie



weitgehend gleichzusetzen mit Umfrageforschung. Die Vorzüge der Umfragetechnik zur Erforschung individueller Einstellungen und Verhaltensweisen sind evident. Dennoch muß hervorgehoben werden, daß dieses Instrument zur Behandlung einer Reihe von Fragestellungen nur sehr eingeschränkt brauchbar ist. Auf Grund des (so verständlichen wie bedauerlichen) erratischen Charakters von sozialwissenschaftlichen Umfragen sind Zeitreihendaten kaum verfügbar. Die Verlängerung existierender Reihen in die Vergangenheit ist unmöglich. Es sei hier nur auf das „German Election Data“ (GED-)Projekt des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung verwiesen. Der „continuity guide“ zu diesem bisher ambitioniertesten Versuch der Zusammenstellung von Wahlumfragen für die Bundesrepublik zeigt, welche großen zeitlichen Lücken existieren und wie wenig Frageformulierungen und Antwortkategorien miteinander vergleichbar sind.

Auf den Effekt längerfristigen sozialen Wandels abzielende Studien werden also nach wie vor auf kontinuierlich erhobene Aggregatstatistiken zurückgreifen müssen. Ähnliches gilt für die Untersuchung von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich aufgrund sozialpsychologischer Mechanismen auf der Individualebene nur sehr unzuverlässig erheben lassen — wie etwa die Wahl radikaler Parteien, Wahlenthaltung, häufiger Wechsel der Parteipräferenz oder die Unterstützung politischer Gewalttätigkeit. Die Probleme unzuverlässiger Messung stellen sich für die Aggregatdatenforschung in ganz anderer Form. Überdies hat die Analyse von Aggregatdaten den Vorzug, daß die Korrelate politischer Verhaltensweisen von wichtigen regionalen oder sozialen Untergruppen der Bevölkerung im Detail erforscht werden können, was bei Umfragematerial aufgrund der geringen Fallzahlen in Teilstichproben oft nicht verantwortet werden kann.

Die gegenwärtige Bedeutung der Umfragetechnik für Analysen politischen Verhaltens reflektiert die Grunderkenntnis von der Schlüsselrolle individueller Vermittlungsmechanismen, die zwischen objektive Zustände, Veränderungen und Stimuli und Verhaltensresultate intervenieren. Diese zutreffende Erkenntnis sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß vor den individuellen Prozessen der Perzeption und der Einstellungsbildung objektive Prozesse ablaufen. Zum Teil entsprechen diesen objektiven sozialen Gegebenheiten Korrelate auf der Ebene des Individuums — als Beispiele seien Arbeitslosigkeit oder Mobilität genannt. Oft aber verändert sozialer und ökonomischer Wandel des Lebenskontextes die Entscheidungssituationen regional oder sektoral abgrenzbarer Personengruppen, ohne von angebbaren Individuen getragen zu werden, möglicherweise auch, ohne weithin überhaupt bewußt wahrgenommen zu werden.

Angesichts dieser Überlegungen wurde es im Bereich der Aufbereitung der Datenbasis zum Hauptanliegen des Forschungsprojekts, in dessen Verlauf das durch die Beiträge dieses Bandes dokumentierte Kolloquium stattfand, einen

für die Bearbeitung der beschriebenen inhaltlichen Fragestellungen geeigneten Aggregatdatensatz zusammenzustellen, der neben die zur Sekundäranalyse verfügbaren Umfragematerialien treten sollte. Dabei war zunächst über die Wahl der Untersuchungseinheiten und die einzubeziehenden Variablengruppen und Einzelindikatoren zu befinden.

Hinsichtlich der Untersuchungseinheiten wurde die Möglichkeit geprüft, auf Wahlkreis-, Kreis- oder Gemeindeebene zu arbeiten. Gegen die Wahlkreisebene sprach die geringe Fallzahl, ferner die unterschiedliche Einteilung von Wahlkreisen bei Bundes- und Landtagswahlen und schließlich die Tatsache, daß über Wahlergebnisse hinaus nur wenige Daten, seien sie sozialstruktureller, ökonomischer oder religionssoziologischer Natur, routinemäßig für Wahlkreise erhoben oder umgerechnet werden. Solche Umrechnungen hätten zu einem großen Teil selbst geleistet werden müssen. Überdies sind die Wahlkreiseinteilungen über die Zeit hinweg nicht sehr stabil.

Für die Ebene der Gemeinden sprach die hohe Fallzahl und die Erwartung, auf zahlreichen Variablen recht homogene Untersuchungseinheiten herausfiltern zu können. Angesichts der Gemeindereformen der späten sechziger Jahre und der frühen siebziger Jahre hätte die Gemeindeebene jedoch zur Gewährleistung der längszeitlichen Vergleichbarkeit Umrechnungsarbeiten erfordert, die mit überschaubarem zeitlichen und mit begrenztem personellen Aufwand nicht zu leisten gewesen wären. Überdies werden außer den periodischen Großzählungen der statistischen Ämter nur selten Daten zur Sozialstruktur und zur ökonomischen Struktur für die Gemeindeebene verfügbar gemacht. Die einzigen Daten, die man neben den Wahlergebnissen relativ problemlos und halbwegs regelmäßig auf der Gemeindeebene hätte einbeziehen können, sind die kirchenamtlichen Statistiken.

Die Zahl der Stadt- und Landkreise in der Bundesrepublik liegt natürlich weit unter derjenigen der Gemeinden, sie ist aber höher als die der Wahlkreise. Bei einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von rund 185 000 lassen sich zwar auf den wenigsten Variablen noch relativ homogene Einheiten finden, dennoch bietet die Kreisebene gewisse Vorteile. Die überschaubare Fallzahl ermöglicht es, den durch die Kreisreformen entstehenden Umrechnungsaufwand gerade noch in vertretbarem Rahmen zu halten. Noch wichtiger ist aber, daß die meisten periodischen Zählungen der statistischen Ämter, die zwischen und neben den Großzählungen stattfinden, für die Kreise als kleinsten Einheiten veröffentlicht werden. Überdies besteht bei einer Reihe von Institutionen, deren Datenmaterialien für unsere Fragestellungen von großem Interesse sind, die Neigung, die Gebietsgliederung ihrer Organisation und damit ihrer eigenen statistischen Erhebungen der Gliederung der politischen Kreise anzugleichen (z. B. Kirchen, Arbeitsverwaltung, Gewerkschaften, Parteien). Datenlage und einzukalkulierender Arbeitsaufwand sprachen also dafür, die Kreise der Bundesrepublik zu Analyseseinheiten zu machen.

Bei der Erstellung eines umfangreichen Kreisdatensatzes konnte nicht auf ausgiebige Vorarbeiten anderer Wissenschaftler oder Institutionen zurückgegriffen werden. Zwar sind Wahlergebnisse und wichtige Sozialstrukturdaten von 1946 bis 1969 auf Kreisebene in einem von Kaase und Schleth zusammengestellten Datensatz enthalten (Zentralarchiv Nr. 0038). Dieser Datensatz befindet sich jedoch auf dem Gebietsstand von Mitte der sechziger Jahre mit einer noch wesentlich höheren Anzahl von Stadt- und Landkreisen. Zwar wäre es möglich gewesen, diesen Datensatz dadurch zu aktualisieren, daß die neueren Datenmaterialien auf diesen alten Gebietsstand zurückgerechnet würden. Derart wäre zwar der Arbeitsaufwand erheblich verringert worden, man hätte jedoch andererseits Analysen nur für Gebietseinheiten durchführen können, die in dieser Form heute gar nicht mehr existieren, außerdem hätte man sich bei jedem Versuch der Fortschreibung oder Erweiterung des Datensatzes mit neuem Material das gleiche Gebietsstandsproblem eingehandelt. Es blieb mithin nichts anderes übrig, als den Aggregatensatz für die Stadt- und Landkreise in ihrer gegenwärtigen Gliederung aufzubauen und alle früheren Gebietsstandsveränderungen durch entsprechende Umrechnungen auszugleichen.

Hinsichtlich der in den Datensatz einzubeziehenden Merkmale versteht es sich von selbst, daß zunächst sämtliche Ergebnisse von Bundestags-, Landtags- und Europawahlen und die relevanten Merkmale aus den statistischen Großzählungen von 1950, 1961 und 1970 aufzunehmen waren. Um die Zehnjahresintervalle zwischen den Großzählungen auszufüllen, wurden die gleichen Merkmale, soweit aus Fortschreibungen und Zwischenzählungen verfügbar, jeweils für Bundestagswahljahre in den Datensatz integriert. Die bisher genannten Merkmale, Wahlergebnisse und Sozialstrukturstatistiken, bilden den Grundbestand von unter politikwissenschaftlichen Fragestellungen auszuwertenden Aggregatdatensätzen. Unser eigener Datensatz wurde darüber hinaus noch erheblich ausgeweitet. Er enthält Daten über die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaft (insgesamt, nach Einzelgewerkschaften und nach Mitgliederstruktur), über die Entwicklung der Mitgliedschaft in den großen bundesdeutschen Parteien (insgesamt und nach Mitgliederstruktur) und über die Entwicklung der Mitgliedschaft in kirchlich orientierten Verbänden. Aus dem Bereich ökonomischer Struktur- und Konjunkturindikatoren enthält er jährliche Meßdaten zur Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit sowie die jährlichen Daten zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die für die Kreisebene verfügbar sind. Schließlich wurden eine große Anzahl von relevanten Merkmalen aus der evangelischen und katholischen kirchenamtlichen Statistik aufgenommen. Hinzu kamen Daten aus der Personenstatistik wie z. B. Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten nach Konfessionszugehörigkeit. Insgesamt enthält der Datensatz damit weit über 2000 Einzelmerkmale.

Das Hauptproblem bei der Erstellung dieses Aggregatdatensatzes für die Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik Deutschland, der inzwischen in für

die Auswertung aufbereiteter Form vorliegt, war naturgemäß die Gebietsstandsvereinigung, d. h. die Umrechnung der vor den Gemeinde- und Kreisreformen angefallenen Daten auf den gegenwärtigen Gebietsstand und die Herstellung regionaler Vergleichbarkeit zwischen Datentypen verschiedener Herkunft. Voraussetzung für die Durchführung dieses Vorhabens war die Erarbeitung umfangreicher „Zuordnungsregeln“ oder „Umsteigeschlüssel“, die Herkunft und Verbleib der einzelnen Gebietseinheiten dokumentieren. Die Hauptproblematik, welche die Erarbeitung dieses Aggregatdatensatzes über Jahre hinweg ausdehnte, war dabei, daß die ursprünglichen Gebietsstände bei den einzelnen Datenarten sich selbst in der Zeit oft erheblich verändert haben, daß ferner jeder einzelne Datenlieferant seine eigene in der Zeit stark schwankende organisatorische Gebieteinteilung hat. Damit gibt es für einen Stadt- oder Landkreis zum gegenwärtigen Gebietsstand nicht einfach einen Algorithmus, der die Daten auf neuem Gebietsstand aus Daten auf alten Gebietsständen erzeugt, sondern für jeden früheren Zeitpunkt und jede Datenkategorie gibt es mehr oder weniger voneinander verschiedene Algorithmen. Eine weitere erhebliche Komplikation ergab sich schließlich dadurch, daß bei einer Reihe von Daten der Rückgriff auf kleinere gemeinsame Gebietseinheiten nicht möglich war (z. B. weil unterhalb einer bestimmten Aggregationsstufe die Ausgangsdaten nicht dokumentiert waren), so daß auf Verfahren der näherungsweise Umrechnung auf den gegenwärtigen Gebietsstand der politischen Kreise zurückgegriffen werden mußte. Die Lösung all dieser Probleme bedeutete einen immensen Aufwand an Kleinarbeit, den man eigentlich nur dann so recht abschätzen kann, wenn man ein solches Projekt in dieser Größenordnung selbst abgeschlossen hat.

Dieser von uns für die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung erarbeitete Aggregatdatensatz ist nicht nur für sich selbst genommen eine unentbehrliche Grundlage für die weitere Untersuchung der in diesem Band behandelten Fragestellungen. Vielmehr eignet er sich auch dazu, die entsprechenden sozialstrukturellen und ökonomischen Kontextbedingungen in Umfragedatensätze für die verschiedensten Zeitpunkte einzubeziehen, um so das methodologische Potential der Mehrebenenanalyse auszunutzen. Um die möglichen Effekte untersuchen zu können, die durch die Auswahl einer bestimmten Aggregationsebene entstehen, wurde parallel zu unserem Aggregatdatensatz ein von der zeitlichen Dimension wie von den einbezogenen Merkmalen her vergleichbarer Datensatz für die 302 Gemeinden von sechs südbadischen Kreisen erstellt. Zusammen mit den seit Bestehen der Bundesrepublik vorliegenden Umfragestudien, in denen Aspekte unserer Fragestellungen thematisiert werden, bilden diese Aggregatdatensammlungen eine gute Grundlage für die weitere inhaltliche Arbeit. Man wird sogar sagen können, daß unsere Aggregatdatenmaterialien im Hinblick auf die zu bearbeitenden Probleme teilweise unersetzlich sind, weil frühere Umfragestudien die für uns zentralen Aspekte oft vernachlässigt haben.

Um diese Defizite auch auf der Seite der Individualdaten auszugleichen, haben wir in unserem Forschungsprojekt zusätzlich eine eigene Umfrage durchgeführt, in der die verschiedenen Dimensionen ökonomischer und religiös/konfessioneller Einstellungen in bisher nicht verfügbarem Umfang differenziert werden. Da die in dieser Studie vom Dezember 1982 thematisierten Inhalte in den weiteren Beiträgen der Herausgeber in diesem Band dargelegt werden, soll an dieser Stelle auf eine Beschreibung verzichtet werden. Soviel sei aber gesagt: Durch die Kombination von regional differenzierter Aggregatdatenanalyse, Kontextanalyse und ausdifferenzierter Erhebung von individuellen Wahrnehmungen und Einstellungen zu den Themenbereichen des Projekts wird es in der weiteren Arbeit möglich sein, die in zahlreichen Beiträgen dieses Bandes geforderte theoretische wie empirische Integration der verschiedenen in diesen Themenbereichen bisher verfolgten Analyseansätze zu vollziehen. Zentrale Voraussetzungen für unsere weitere Forschung in dieser Richtung konnten im bisherigen Verlauf unseres Projekts durch den Aufbau einer entsprechenden Datenbasis geschaffen werden. Der vorliegende Band schafft eine weitere Voraussetzung, indem er den Forschungsstand zusammenfaßt, neue Ergebnisse in den Gesamtzusammenhang stellt und die wichtigsten Anliegen für die zukünftige Arbeit markiert.

### Literatur

- Abromeit, H.*, 1976: Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im gegenwärtigen Kapitalismus. *Politische Vierteljahresschrift* 17: 2–22.
- Alt, J. E.*, 1979: *The Politics of Economic Decline*. Cambridge.
- Andeweg, R. B.*, 1982: *Dutch Voters Adrift: On Explanations of Electoral Change 1963–1977*. Dissertation, Leiden.
- Argyle, M./Beit-Hallahmi, B.*, 1975: *The Social Psychology of Religion*. London.
- Baker, K. L./Dalton, R. J./Hildebrandt, K.*, 1981: *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*. Cambridge.
- Berger, M.*, 1977: Stabilität und Intensität von Parteineigung. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 501–509.
- Berger, M./Gibowski, W. G./Roth, D./Schulte, W.*, 1977: Bundestagswahl 1976: Politik und Sozialstruktur. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 8: 197–231.
- 1983: Stabilität und Wechsel: Eine Analyse der Bundestagswahl 1980. S. 12–57 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen.
- Blankenburg, E.*, 1967: *Kirchliche Bindung und Wahlverhalten: Die sozialen Faktoren bei der Wahlentscheidung in Nordrhein-Westfalen 1961 bis 1966*. Olten.
- Bloom, H. S./Price, H. D.*, 1975: Voter Response to Short-Run Economic Conditions: The Asymmetric Effect of Prosperity and Recession. *American Political Science Review* 69: 1240–1254.
- Böckenförde, E.-W.*, 1961: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. *Hochland* 53: 215–239.
- Boos-Nünning, U.*, 1972: *Dimensionen der Religiosität: Zur Operationalisierung und Messung religiöser Einstellungen*. München.
- Boynton, G. R./Loewenberg, G.*, 1973: The Development of Public Support for Parliament in Germany, 1951–1959. *British Journal of Political Science* 3: 169–189.

- 1974: The Decay of Support for Monarchy and the Hitler Regime in the Federal Republic of Germany. *British Journal of Political Science* 4: 453–488.
- Buchhaas, D./Kühr, H.*, 1979: Von der Volkskirche zur Volkspartei: Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Ruhrgebiet. S. 136–232 in: H. Kühr (Hrsg.), *Vom Milieu zur Volkspartei*. Königstein.
- Campbell, A./Converse, P. E./Miller, W. E./Stokes, D. E.*, 1960: *The American Voter*. New York.
- Converse, P. E.*, 1966: Religion and Politics: The 1960 Elections. S. 96–124 in: A. Campbell/P. E. Converse/W. E. Miller/D. E. Stokes, *Elections and the Political Order*. New York.
- 1974: Some Priority Variables in Comparative Electoral Research. S. 727–745 in: R. Rose (Hrsg.), *Electoral Behaviour: A Comparative Handbook*. New York.
- Dinkel, R.*, 1977: Der Zusammenhang zwischen der ökonomischen und politischen Entwicklung in einer Demokratie: Eine Untersuchung mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Politik. Berlin.
- Downs, A.*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York.
- Easton, D.*, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York.
- Falter, J. W.*, 1973: Faktoren der Wahlentscheidung: Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970. Köln.
- 1981: Kontinuität und Neubeginn: Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. *Politische Vierteljahresschrift* 22: 236–263.
- Falter, J. W./Rattinger, H.*, 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. S. 320–421 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen.
- Feldman, S.*, 1982: Economic Self-Interest and Political Behavior. *American Journal of Political Science* 26: 446–466.
- 1983: Economic Individualism and American Public Opinion. *American Politics Quarterly* 11: 3–29.
- Fiorina, M. P.*, 1978: Economic Retrospective Voting in American National Elections: A Micro-Analysis. *American Journal of Political Science* 22: 426–443.
- Forster, K.*, 1974: Kirche und Politik: Zur Frage der Äquidistanz zwischen Kirche und Parteien. S. 155–182 in: A. Rauscher (Hrsg.), *Kirche — Politik — Parteien*. Köln.
- 1982: *Glaube und Kirche im Dialog mit der Welt von heute*, 2 Bde. Würzburg.
- Frey, B. S./Garbers, H.*, 1972: Der Einfluß wirtschaftlicher Variabler auf die Popularität der Regierung — eine empirische Analyse. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 186: 281–295.
- Frey, B. S.*, 1977: *Moderne Politische Ökonomie*. München.
- Garding, H.*, 1978: Ostpolitik und Arbeitsplätze: Issues 1972 und 1976. S. 327–390 in: D. Oberndörfer (Hrsg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- Glock, C. Y.*, 1965: On the Study of Religious Commitment. In: C. Y. Glock/R. Stark (Hrsg.), *Religion and Society in Tension*. Chicago.
- Goldschmidt, D./Greiner, F.*, 1960: *Soziologie der Kirchengemeinde*. Stuttgart.
- Goodhart, C. A. E./Bhansali, R. J.*, 1970: Political Economy. *Political Studies* 18: 43–106.
- Gotto, K.*, 1977: Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes. S. 88–108 in: A. Rauscher (Hrsg.), *Kirche und Katholizismus 1945–1949*. München.
- Hermens, F. A.*, 1964: Wirtschaftliche und staatliche Stabilität. In: F. A. Hermens, *Demokratische Existenz heute*. Frankfurt.
- Hermens, F. A./Schieder, T.* (Hrsg.), 1967: *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*. Berlin.
- Hibbs, D. A.*, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review* 71: 1467–1487.
- 1979: The Mass Public and Macroeconomic Performance. *American Journal of Political Science* 23: 705–731.

- 1982: Economic Outcomes and Political Support for British Governments among Occupational Classes: A Dynamic Analysis. *American Political Science Review* 76: 259–279.
- Hibbs, D. A./Rivers, R. D./Vassilatos, N.*, 1982: The Dynamics of Political Support for American Presidents Among Occupational and Partisan Groups. *American Journal of Political Science* 26: 312–332.
- Hild, H.* (Hrsg.), 1974: *Wie stabil ist die Kirche? Bestand und Erneuerung*. Gelnhausen.
- Hollerbach, A.*, 1977: Katholische Kirche und F.D.P. S. 197–204 in: G. Gorschenek (Hrsg.), *Katholiken und ihre Kirche in der Bundesrepublik*. München.
- Huber, W.*, 1973: *Kirche und Öffentlichkeit*. Stuttgart.
- Inglehart, R.*, 1977: *The Silent Revolution*. Princeton.
- Jung, H.*, 1982: *Wirtschaftliche Einstellungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Paderborn.
- Kaase, M./Klingemann, H.-D.*, 1979: Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteiensystem: Zum Problem der Interessenvermittlung in westlichen Demokratien. S. 534–573 in: J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa*. Frankfurt.
- Kaltefleiter, W.*, 1966: *Wirtschaft und Politik in Deutschland: Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*. Köln.
- Kernell, S.*, 1977: Presidential Popularity and Negative Voting: An Alternative Explanation of the Midterm Congressional Decline of the President's Party. *American Political Science Review* 71: 44–66.
- Kiewiet, D. R.*, 1983: *Macroeconomics and Micropolitics*. Chicago.
- Kinder, D. R./Kiewiet, D. R.*, 1979: Economic Discontent and Political Behavior: The Role of Personal Grievances and Collective Economic Judgments in Congressional Voting. *American Journal of Political Science* 23: 495–527.
- 1981: Sociotropic Politics: The American Case. *British Journal of Political Science* 11: 129–161.
- Kirchgässner, G.*, 1976: *Rationales Wählerverhalten und optimales Regierungsverhalten*. Dissertation, Konstanz.
- 1977: *Wirtschaftslage und Wahlverhalten: Eine empirische Studie für die Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1976*. Politische Vierteljahresschrift 18: 510–536.
- 1983: Welche Art der Beziehung herrscht zwischen der objektiven wirtschaftlichen Entwicklung, der Einschätzung der Wirtschaftslage und der Popularität der Parteien: Unabhängigkeit, Scheinunabhängigkeit, Scheinkorrelation oder kausale Beziehung? Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1982. S. 222–256 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen.
- Klingemann, H.-D.*, 1969: *Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung: Eine regionale Wahlanalyse*. Meisenheim.
- 1973: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung: Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 227–256.
- Kramer, G. H.*, 1971: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896–1964. *American Political Science Review* 65: 131–143.
- 1983: The Ecological Fallacy Revisited: Aggregate- versus Individual-Level Findings on Economics and Elections, and Sociotropic Voting. *American Political Science Review* 77: 92–111.
- Lazarsfeld, P. F./Berelson, B./Gaudet, H.*, 1944: *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York.
- Lenski, G.*, 1963: *The Religious Factor: A Sociologist's Inquiry*. Garden City.
- Lepsius, M. R.*, 1966: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. S. 371–393 in: W. Abel/K. Borchardt/H. Kellenbenz/W. Zorn (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte: Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*. Stuttgart.

- Lijphart, A.*, 1979: Religious versus Linguistic versus Class Voting: The 'Crucial Experiment' of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland. *American Political Science Review* 73: 442–458.
- Lipset, S. M./Rokkan, S.* (Hrsg.), 1967: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York.
- Matthes, J.*, 1969: *Kirche und Gesellschaft: Einführung in die Religionssoziologie II*. Reinbek b. Hamburg.
- (Hrsg.), 1975: *Erneuerung der Kirche: Stabilität als Chance?* Gelnhausen.
- Michelat, G./Simon, M.*, 1977: *Classe, Religion et Comportement politique*. Paris.
- Mielke, G./Schoof, P.*, 1983: Konfession und Wahlverhalten. S. 75–94 in: D. Oberndörfer/K. Schmitt (Hrsg.), *Kirche und Demokratie*. Paderborn.
- Miller, W. E./Stouthard, P. C.*, 1975: Confessional Attachment and Electoral Behavior in the Netherlands. *European Journal of Political Research* 3: 219–258.
- Mintzel, A.*, 1983: *Die Volkspartei*. Opladen.
- Naßmacher, K.-H.*, 1979: Zerfall einer liberalen Subkultur: Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg. S. 30–134 in: H. Kühn (Hrsg.), *Vom Milieu zur Volkspartei: Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich*. Königstein.
- Norpoth, H./Yantek, T.*, 1983: Von Adenauer bis Schmidt: Wirtschaftslage und Kanzlerpopularität. S. 198–221 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen.
- Pappi, F. U.*, 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 191–213.
- Pappi, F. U./Laumann, E. O.*, 1974: Gesellschaftliche Wertorientierung und politisches Verhalten. *Zeitschrift für Soziologie* 3: 157–188.
- Pappi, F. U.*, 1976: *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik*. Habilitationsschrift. Köln.
- 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 195–229.
- 1979: Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik. S. 465–479 in: J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa*. Frankfurt.
- Rattinger, H.*, 1980: *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- 1981: Unemployment and the 1976 Election in Germany: Some Findings at the Aggregate and the Individual Level of Analysis. S. 121–135 in: D. A. Hibbs/H. Fassbender/R. D. Rivers (Hrsg.), *Contemporary Political Economy*. Amsterdam.
- Robinson, W. S.*, 1950: Ecological Correlations and the Behavior of Individuals. *American Sociological Review* 15: 351–357.
- Rohe, K.*, 1982: Wahlanalyse im historischen Kontext: Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten. *Historische Zeitschrift* 234: 337–357.
- Roth, D.*, 1973: Ökonomische Variablen und Wahlverhalten: Eine empirische Untersuchung zur Validität von Einschätzungsfragen. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 257–274.
- Schauff, J.*, 1928: *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*. Köln (Neudruck: Mainz 1975).
- Schmidtchen, G.*, 1972: *Zwischen Kirche und Gesellschaft*. Freiburg.
- 1973a: Gottesdienst in einer rationalen Welt: Religionssoziologische Untersuchungen im Bereich der VELKD. Stuttgart.
- 1973b: *Protestanten und Katholiken: Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*. Bern.
- 1979: *Was den Deutschen heilig ist: Religiöse und politische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland*. München.
- Schwan, A.*, 1966: *Katholische Kirche und pluralistische Politik: Politische Implikationen des II. Vatikanischen Konzils*. Tübingen.



- Thomassen, J.*, 1976: Party Identification as a Cross-National Concept: Its Meaning in the Netherlands. S. 64–79 in: I. Budge/I. Crewe/D. Farlie (Hrsg.), *Party Identification and Beyond*. London.
- Veiders, W. W.*, 1978: *Großstadt und Umland: Eine Mehrebenenanalyse des Wahlverhaltens im Großraum Köln/Bonn*. Dissertation. Freiburg.
- 1980: Kirchenbindung und politisches Bewußtsein. *Herder-Korrespondenz* 34: 493–498.
- Wahl, A.*, 1980: *Confessions et Comportement dans les Campagnes d'Alsace et de Bade 1871–1939: Catholiques, Protestants et Juifs. Démographie, Dynamisme économique et social, Relations et Attitudes politiques*, 2 Bde. Strasbourg.
- Weber, M.*, 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.